:antifaschistische nachrichten

Nr. 19

g 3336 12.9.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Polizeieinsatz wegen NPD-Veranstaltung

RAMSTEIN-MIESENBACH. Mehrere Hundertschaften Polizei haben am 31.8. den Veranstaltungsort eines „Fests“ der NPD am Miesenbacher Seewoog abgeriegelt. Dadurch sollte ein Zusammentreffen von Anhängern der Rechtspartei mit gewaltbereiten Gegendemonstranten aus der linken Szene verhindert werden. Das „Anti-imperialistische Fest“ der NPD, zu dem die Veranstalter 200 Teilnehmer erwartet hatten, stand unter dem Motto „Frieden für Deutschland – Ami go home“. In der Ramsteiner Innenstadt fand am Samstagmittag eine genehmigte Gegendemonstration der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) statt, an der rund 130 Menschen teilnahmen. Eine weitere Gegenkundgebung zur NPD-Veranstaltung war am Vortag von der Stadtverwaltung verboten worden, weil die Organisatoren nicht zu einem Abstimmungsgespräch mit dem Ordnungsamt erschienen waren. Als dennoch 30 Demonstranten einen Protestzug beginnen wollten, wurde er von der Polizei aufgelöst. Rund um Miesenbach richtete die Polizei Kontrollstellen ein, um eine direkte Konfrontation von Rechten und Linken zu verhindern. So wurden bis 17 Uhr über 200 Personen überprüft, außerdem sprach die Polizei mehr als 50 Platzverweise für den Stadtteil Miesenbach aus.

In der Nacht zum Samstag war ein Teil des Freizeitgeländes mit „Nazis-raus“-Parolen bemalt worden. Die NPD sprach in diesem Zusammenhang von einem „Anschlag“ durch „kriminelle Elemente“. Nach Angaben der Polizei kamen die Teilnehmer des NPD-„Fests“ aus ganz Rheinland-Pfalz einschließlich des Raums Karlsruhe.

Quelle: Rheinlandpfalz Online, 2.9., (rik)

Aus dem Inhalt:

Die Flut in Theresienstadt 8
Hintergrundbericht zurGesellschaft für bedrohte Völker. . . . 10

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge zieht noch bis zur Bundestagswahl von Stadt zu Stadt. Berichte aus Hamburg und Köln auf Seite 13 und 14

Ein Schreibtischtäter geht zur Sache

In seiner Rede vor dem Bundestag – Anlass war die Hochwasserkatastrophe – hat Ronald Schill von der „Partei rechtsstaatliche Offensive“ PRO auf Denkmuster zurückgegriffen, die den furchtbarsten Verbrechen den Boden bereiteten. Er nimmt den „Ausländer“, den Flüchtling, den Fremden aus der mitmenschlichen Identität und Solidarität heraus und präpariert ihn als eigentliche Ursache für die mit der Flutkatastrophe verbundenen Belastungen, ja generell als Hemmnis und Störfaktor für die Entfaltung deutscher Tüchtigkeit. Er schafft ein Feindbild und facht zugleich das in der deutschen Ideologie so fest verwurzelte, völlig irreale, in seiner Konsequenz für andere lebensgefährliche deutsche Überlegenheitsdenken an. Wir dokumentieren den Protest des TGB - Bündnis Türkischer Einwanderer e.V., die Erklärung der PDS zu ihrer Strafanzeige gegen Schill sowie Auszüge aus der Rede Schills. ***scc***

So nicht, Herr Schill!

Wir, der TGB, legen Bürgermeister von Beust nahe, sich im Wiederholungsfall von Schill zu trennen. Bisher haben wir uns ganz bewusst zurückgehalten, haben dem Innensenator eine gewisse Schonfrist zugebilligt und gehofft, dass das Amt eine beruhigende Wirkung auf ihn ausübt, dass er die Realität wahrnimmt, kurz, dass er lernfähig ist. In diesem Sinne haben einige unserer Vorstandsmitglieder ein Gespräch mit Herrn Schill geführt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, er möge sich mit populistischen Äußerungen zu Problemen bei Migration und Integration zurückhalten.

Wir müssen nun erkennen, dass Innensenator Schill nicht lernfähig ist. Einmal mehr machte er die Migranten dafür verantwortlich, wenn heute kein Geld da sei, um die Opfer der Flutkatastrophe zu entschädigen. Weil viel zu viel Geld für Katastrophen in aller Welt und für die

Fortsetzung Seite 3

Schill in „Nation und Europa"

HAMBURG. Der Hamburger Innensenator und Vorsitzender der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive" (PRO), Ronald B. Schill, dessen Gerede im Bundestag über eine angebliche Verschwendung „deutscher Steuergelder" für Ausländer unlängst auf heftige Kritik gestoßen war, hat der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa. Deutsche Monatshefte" ein Interview gegeben. Interviewt von „N&E"-Mitarbeiter Eric Weber hatte Schill in dem 1951 von dem früheren SS-Sturmbannführer Arthur Ehrhardt gegründeten Blatt u.a. das neue Zuwanderungsgesetz kritisiert. Das Gesetz sei „in dieser Fassung für das gesellschaftliche Leben in Deutschland nicht förderlich". Die „unkontrollierte Zuwanderung" müsse „gestoppt werden", so Schill. Kritik übte Schill auch an dem Bundestagskandidaten der CDU/CSU, Edmund Stoiber. Der habe sich mittlerweile „weichspülen" lassen und stelle im Wahlkampf die Änderung dieses Gesetzes nicht mehr zur Debatte. Seine Partei stehe nur für eine Koalition mit der CDU/CSU zur Verfügung, so der Hamburger Amtsrichter. Es müsse aber endlich ein „Politikwechsel" stattfinden, denn „Deutschland braucht dringend politische Veränderungen". *hma* ■

Es geht um mehr

ÖSTERREICH/WIEN. Um weitaus mehr als „nur" um die gegenwärtige Regierungspolitik der FPÖ dürfte es bei den derzeitigen Auseinandersetzungen innerhalb der FPÖ gehen. Nur vordergründig geht es um die Verschiebung der Steuerreform und den Kauf von modernen Abfangjägern in Österreich. Vielmehr handelt es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln um die FPÖ-Chefin Riess-Passer einerseits und der Kärntner FPÖ-Landeshauptmann Jörg Haider andererseits um zwei verschiedene Positionen zur künftigen Europakonzeption der FPÖ. Knapp 30 rechte Abgeordnete im Europaparlament, darunter die von FPÖ, „Lega Nord" und „Vlaams Blok", sind derzeit fraktionslos. Dies bedeutet nicht nur weniger Geld, Personal und technische Ausstattung sondern verwehrt auch die Möglichkeit, eigene Anträge ins Parlament einzubringen. Während sich die derzeitige FPÖ-Chefin Riess-Passer eher zur gemäßigt rechten Europarlamentsfraktion „Union für das Europa der Vaterländer" (UEN) um die italienische „Alleanza Nazionale" und der irischen „Fianna Fail" hingezogen fühlt, bastelt Jörg Haider an seinen eigenen Vorstellungen einer gemeinsamen Liste der europäischen Rechtsparteien. Diesen diente auch sein jüngstes Treffen mit dem „Lega Nord"-Europa-abgeordneten und Bossi-Vertrauten Mario Borghezio, den Köpfen des belgischen „Vlaams Blok", Frank Vanhecke und Filip Dewinter, dem Leiter des österreichischen Ablegers der „Jungen Freiheit", der „Zur Zeit", Andreas Mölzer, dem Wiener Historiker und Interviewpartner des Organs der sog. „Republikaner", Lothar Höbelt und anderen im Schloßhotel Seefels am Wörthersee. Haider wird seine Europakonzeption in der FPÖ durchsetzen wollen um diese als Motor einer Neuformierung der europäischen Rechten im Sinne einer Bündelung des allgemeinen Rechtsdrifts in Europa nutzen zu können. Ob dies bis zu den Europawahlen im Jahre 2004 oder erst im Jahr 2009 erfolgt, ist nur eine Frage der Zeit. Für Ende September ist ein weiteres Treffen von FPÖ-Politikern u.a. mit Vertretern des „Vlaams Blok" in Kärnten geplant. Spannend dürfte hingegen werden, welcher bundesdeutsche Partner in einen solchen Zusammenschluss passen könnte. Um gute Kontakte zu Haider bemüht sind die „Deutschen Konservativen" um Joachim Siegerist und Heinrich Lummer, die erst kürzlich noch zur Unterstützung Ronald B. Schills aufriefen. So künden diese bereits eine Teilnahme Haiders auf ihrem nächsten Jahreskongress an, der vom 13. bis 19. Oktober in Bad Kleinkirchheim in Kärnten stattfindet. *hma* ■

„ENiD" in der Krise

RENNINGEN-MALMSHEIM. Streitigkeiten innerhalb der am rechten Rand der evangelischen Kirche beheimateten „Evangelischen Notgemeinschaft" (ENiD) haben diese in eine schwere Krise gebracht. Der derzeit im Amt befindliche Vorstand und ein „Arbeitskreis zum Erhalt der Evangelischen Notgemeinschaft" streiten derzeit vor Gericht um die Rechtmäßigkeit der jeweils parallel zueinander stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlungen.

Seit der Abberufung des früheren Vorsitzenden der ENiD, Pfarrer Hanns Schrödl, im vergangenen Jahr wurden wiederholt Vorwürfe „wegen dessen fragwürdigen Umgangs mit Spendengeldern" laut. Trotz der „rapide verschlechterten finanziellen Situation des Vereins" erscheint das Organ der ENiD, „Erneuerung und Abwehr" derzeit noch unverändert weiter und auch die letzte Studientagung konnte noch stattfinden. Als neuer Geschäftsführer der „ENiD" wurde nun Ulrich Motte aus München gewählt. Motte war Autor in der Zeitschrift „Criticon" und schreibt heute u.a. in die „Junge Freiheit". *hma* ■

„Republikaner" und die „DNZ"

MÜNCHEN. Wie die neofaschistische Zeitschrift „Nation & Europa" (09/02) berichtete, kam es am 25. Juni zu einem Treffen zwischen dem Bundesvorsitzenden der sog. „Republikaner", Rolf Schlierer, seinem Landesvorsitzenden in NRW, Klaus Petri und dem Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung" und DVU-Chef Gerhard Frey in München. Bei diesem Treffen soll es um die „Schaltung von REP-Inseraten in der von Frey herausgegebenen „National-Zeitung" gegangen sein. Die Anzeigen mit dem Appell zur Wahl der „Republikaner" sollten auf Wunsch von Schlierer aber „getarnt" erscheinen, „ohne REP-Raute und ohne Angabe einer Parteigliederung" und lediglich von Petri als „Privatmann" gestaltet. „Notfalls hätte sich der REP-Vorsitzende dann distanzieren können, obwohl er am Zustandekommen des Arrangements beteiligt war", so „N&E". Abgelehnt wurde das von REP-Chef Schlierer gewünschte Arrangement letztlich von Gerhard Frey selbst.

hma ■

Nazi-Aufmarsch in Wuppertal am 7.9.

Am Samstag, den 7.9. kamen auf dem Rathausvorplatz in Wuppertal-Barmen etwa 3000 GegnerInnen der zeitgleich am Barmer Bahnhof stattfindenden NPD Kundgebung zusammen, darunter viele jüngere Leute. Obwohl die Polizei eine angekündigte Gegendemonstration des Bündnisses „Wuppertal stellt sich quer" – es gab ein zweites Bündnis, in dem der DGB und die vertretenen Parteien im Rat u.a. waren, das nur zu einer Kundgebung aufgerufen hatte – zu verhindern versuchte, setzte sich ein großer Teil der Anwesenden um 11:45 Uhr in Richtung Alter Markt in Bewegung. Nach wenigen Metern wurde der Demonstrationszug durch die Polizei unter Schlagstockeinsatz gestoppt, wobei es zu ersten Festnahmen und Verletzten kam. Mit einer Kehrtwende ließen es sich die DemonstrantInnen aber nicht nehmen, in die andere Richtung zu gehen und somit die Hauptverkehrsstraße, die B7, zu besetzen. Die Masse war dann aber doch nicht ganz so entschlossen, so dass ein Vordringen Richtung Nazis gegen die Polizei nicht möglich war.

Ein zweiter Demonstrationszug führte anschließend mit etwa 2500 Menschen zum Neubau der jüdischen Synagoge, um der jüdischen Gemeinde gegen die Provokation der Nazis den Rücken zu stärken. Die NPD hatte ursprünglich einen Aufmarsch vorbei an der neuen Synagoge geplant. Insgesamt wurden 5 GegendemonstrantInnen in Gewahrsam genommen. *Quelle: www.indymedia.de* ■

Fortsetzung von Seite 1

Aufnahme von Flüchtlingen ausgegeben worden sei, bedürfe es nun Steuererhöhungen, so Schill.

Diese Sicht der Dinge schließt nahtlos an seine Äußerung an, die im Frühsommer bereits für einen Eklat sorgte, als er den Ausländern pauschal vorwarf, sie verfrühstückten den Reichtum dieses Landes.

Wenn Herr Schill solche Reden in den Hinterzimmern von Kneipen vor bierseligen Parteigenossen schwingt, so ist das schlimm genug. Wenn er aber sein Amt als Hamburger Innensenator dazu missbraucht, den Deutschen Bundestag als Forum für seine Hasstiraden auf alles Fremde zu nutzen, so schürt er nicht nur Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit, sondern schadet damit dem Senat und vor allem dem Ansehen der Freien und Hansestadt Hamburg. Bürgermeister Ole von Beust hat zwar reagiert und den Auftritt seines Stellvertreters in ungewöhnlich scharfer Form gerügt, er will sich aber nicht von diesem Mann trennen. Ein bedingungsloses Festhalten an diesem Senator, einem Mann, der offenbar nicht dazulernt und von dem weitere Auftritte dieser Art zu erwarten sind, schadet unserer Stadt ganz massiv: Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, an Ihren Amtseid erinnern. Sie schworen, alles zu tun, um Schaden von dieser Stadt fernzuhalten. Genügen Sie diesem Eid und machen Sie Ihrem Innensenator unmissverständlich klar, ihn im Wiederholungsfall zu entlassen!

Nihat Ercan (Vorsitzender) ■

PDS-Strafanzeige gegen Schill

Harald Werner, Parteivorstandsmitglied und Spitzenkandidat in Hamburg, sowie weitere Bundestagskandidaten der Hamburger PDS, werden Innensenator Schill nach § 130 StGB wegen Volksverhetzung anzeigen, weil er die von der Jahrhundertflut geschädigten Menschen in seiner Bundestagsrede gegen Flüchtlinge aufgehetzt hat. Schill hatte die Behauptung aufgestellt, dass das Geld für die Flutopfer fehle, weil die Bundesregierung „jedes Jahr über 10 Milliarden DM für Flüchtlinge ausgegeben" habe. Mit dieser und anderen Bemerkungen ist nach Ansicht der Bundestagskandidaten der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt, weil eindeutig „zum Hass gegen Teile der Bevölkerung" aufgestachelt wurde.

Angesichts der vielen schweren Körperverletzungen und auch Morde, die in den vergangenen Jahren aus fremdenfeindlichen Motiven an Flüchtlingen begangen wurden, muss damit gerechnet werden, dass die von Schill getätigten Äußerungen weitere Straftaten provozieren.

Diese Gefahr ist umso größer, als Schill nicht nur eine an sich schon strafwürdige Rede zur Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit gehalten hat, sondern auch eine demagogische Verbindung zwischen der Not der Hochwasseropfer und der Aufnahme von Flüchtlingen herstellte. Erschwerend kommt hinzu, dass die Behauptung von Schill besonders glaubwürdig erscheint, weil er sie als Vertreter einer Landesregierung vor dem Deutschen Bundestag aufgestellt hat.

Wenn Bürgermeister Ole von Beust nachträglich erklärt, dass sein Innensenator für eine solche Rede „kein Mandat" hatte, dann hat Roland Schill sein Amt missbraucht und ist als Senator endgültig untragbar geworden.

Harald Werner ■

Thüringer Neonazi-Netz

Entwicklung des militanten Flügels der NPD

Mitte der neunziger Jahre hatte sich innerhalb der Jugendorganisation der NPD der nationalrevolutionäre Flügel durchgesetzt. In diversen Publikationen der Jungen Nationaldemokraten verdeutlichte sich ein Trend hin zur Abnabelung von der legalistisch orientierten Mutterpartei, zudem wurde die Schaffung einer Kaderstruktur propagiert und die Bereitschaft zur Kooperation mit militanten Kräften herausgestellt. Welche Rolle diese Entwicklung in Thüringen spielt, unter anderem mit wesentlich neuen Ergebnissen zum NSAW, ist einer Recherche des Mobilen Beratungsteams (MOBIT) Thüringen zu entnehmen. Bestellungen an: mail@mobit.org

Dokumentiert: Auszug aus der Rede Schills vor dem Dtsch. Bundestag

(...) Wie konnte es dazu kommen, obwohl doch die Menschen unseres Landes anerkanntermaßen zu den tüchtigsten Europas gehören? Unsere tüchtigen Bürger klagen an, auf welche verschwenderische Weise deutsche Politiker in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Geld umgegangen sind. Unsere tüchtigen Bürger klagen zum Beispiel diejenigen Politiker an, die sich darin gefallen haben, in den letzten Jahrzehnten mit dem Kelch der Barmherzigkeit, gefüllt mit deutschen Steuergeldern, durch die ganze Welt zu ziehen und bei irgendwelchen Katastrophen die betroffenen Menschen hierher zu holen. Jeder, der dagegen etwas gesagt hat, wurde als ausländerfeindlich bzw. als menschenunfreundlich diffamiert.

Jetzt wundert sich die ganze Welt, dass Deutschland noch nicht einmal in der Lage ist, der in Not geratenen Bevölkerung aus eigener Kraft zu helfen, ohne die Steuer zu erhöhen womit gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erdrosselt wird. Die ganze Welt wundert sich mittlerweile darüber, was aus diesem Deutschland geworden ist.

Wir bilden das Schlusslicht in Europa, was Sie teilweise zu verantworten haben.

Es hat in den letzten 30 Jahren eine massive Zuwanderung stattgefunden, die zulasten der Sozialkassen geht.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie müssen zur Sache reden!)

– Ich rede zur Sache. Es besteht nämlich aufgrund der Flutkatastrophe die Notwendigkeit, die Steuern zu erhöhen. Mit den Ursachen für diese Notwendigkeit sollten Sie sich einmal befassen; denn Sie gehören zu den Verantwortlichen. – Wie gesagt, es hat eine Zuwanderung stattgefunden, die zulasten der Sozialkassen geht. Obwohl es eine Verdoppelung der Zahl der Ausländer seit 1972, also in den letzten 30 Jahren, gegeben hat – ich sage das in aller Deutlichkeit –, waren 1972 mehr ausländische Mitbürger erwerbstätig als heute. Damals waren es 2,3 Millionen und jetzt sind es nur noch 2 Millionen.

Was lernen wir daraus? – Wir lernen daraus, dass es eine verdammt teure Entwicklung gewesen ist.

Jetzt fehlen die nötigen Gelder für Hilfsmaßnahmen, die in den USA bei vergleichbaren Katastrophen aus der Portokasse finanziert werden. Wir haben uns etwa den Luxus geleistet, in der Zeit des Bosnien-Bürgerkriegs doppelt so viele Bosnier nach Deutschland zu holen wie sämtliche Staaten der Europäischen Union zusammen. Da stellt sich doch die Frage, ob die Regierungschefs anderer europäischer Nationen unmenschlich waren oder ob nicht vielmehr die Politiker unseres Landes die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung mit Füßen getreten haben.

In den letzten Jahren wurden jedes Jahr über 10 Milliarden DM für Flüchtlinge in Deutschland ausgegeben. Dieses Geld fehlt jetzt an anderer Stelle. Sehen Sie es endlich ein! Wer mir vorwirft, ich würde das Leid der Flutopfer gegen das Leid der Flüchtlinge ausspielen, dem kann ich nur sagen: Nur ein Rabenvater lässt seine Kinder darben, während er sich um unbekannte Gäste kümmert. Sie haben in der Vergangenheit das Geld verfrühstückt und haben es mit der Gießkanne über die ganze Welt verteilt, sodass Deutschland diese Katastrophe nicht mehr angemessen bewältigen kann. (...) ■

7. Aufmarsch in diesem Jahr

LEIPZIG. Am Samstag, 7.9. fand der siebte Aufmarsch von Neonazis innerhalb eines Jahres in Leipzig statt. 135 Neonazis marschierten vom Hauptbahnhof Richtung Völkerschlachtdenkmal. Rund 1000 Polizisten waren im Einsatz. 250 Gegendemonstrierten protestierten lautstark gegen den Aufmarsch.

Die Stadt hatte zur Auflage gemacht, die Neonazis nur bis zur Alten Messe kurz vorm Völkerschlachtdenkmal marschieren zu lassen. Zudem waren Symbole und Losungen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ wie auch das Tragen von Springerstiefeln und Bomberjacken verboten. Das führte zu längeren Kontrollen der einzelnen Teilnehmer. ■

Den Krieg und nicht nur die Beteiligung daran verhindern!

BOCHUM. Die VVN BdA NRW hat auf ihrer Landeskonferenz im verdi-Haus in Bochum zur Friedensdemonstration am 14. September in Köln aufgerufen. Einstimmig wurde zu den jüngsten Kanzler- und Kanzlerkandidatenerklärungen festgestellt: „Es geht der Friedensbewegung und den Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht nur darum, die deutsche Kriegsbeteiligung zu verhindern, sondern den ganzen Krieg. Wenn die Regierung den Krieg ein Abenteuer nennt, dann muss sie alles tun, um dieses Abenteuer zu verhindern."

Die Regierung soll noch vor den Wahlen feststellen: „Wir machen nicht mit, auch wenn es ein Nato- und ein sogenanntes UNO-Mandat gibt." Der Bündnisfall der NATO, beschlossen nach dem 11. September 01 ist sofort aufzuheben. Weigert sich die NATO, so hat die Regierung zu erklären, dass sie sich an diesen Beschluss nicht mehr gebunden fühlt. Vor allem ist der umfassende Ermächtigungsbeschluss zum Kriege, vom Kanzler am 16. November 2001 im Bundestag erzwungen, aufzuheben, ebenso wie die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992.

Die VVN-BdA: „Es gilt der Slogan: ‚Keine Stimme für den Krieg‘.“ Die VVN-BdA verlangte auf ihrer Landeskonferenz außerdem, der nordrhein-westfälische Landtag soll endlich die bundesweit einmaligen Polizeiskandale – manifestiert in Polizeikesseln von Dortmund und Düsseldorf gegen Antifaschisten – aufklären. Der Landesinnenminister soll endlich vom Landesparlament aufgefordert werden zu erklären, „was er für die nachhaltige Durchsetzung der Organisationsverbote der Neonazivereinigung wie ANS, FAP, NO usw. aus den 90er Jahren unternehmen wird", ferner „was seine Antwort auf die fortwährenden Verharmlosungen der Naziaufmärsche durch drei Richter des Bundesverfassungsgerichtes ist." Außerdem soll die Landesregierung mitteilen, „was sie zum Schutz der Bürger unternehmen will, die vom Anti-Antifa-Terror bedroht sind" und "wie sie das Demonstrationsrecht der Antifaschisten durchsetzen und künftige Polizeikessel verhindern will.“

Die Landeskonferenz, auf der 77 Delegierte die rund 1.200 Mitglieder der größten und sehr traditionsreichen Vereinigung der Naziopfer und ihrer Hinterbliebenen sowie jüngerer Mitkämpferinnen und Mitkämpfer vertraten, die in rund 20 Kreisvereinigungen arbeiten, war die letzte VVN-Landeskonferenz im Bundesmaßstab vor dem Vereinigungskongress aller Landesverbände und anderer antifaschistischer Gruppen aus Ost und West Anfang Oktober in Berlin. Es wurde ein neuer Geschäftsführender Landesausschuss gewählt, dem Jupp Angenfort (Düsseldorf), Ulrich Sander (Dortmund) und Jochen Vogler (Wuppertal) als Landessprecher vorstehen. Maria Wachter (92 Jahre), Teilnehmerin am antifaschistischen Widerstand und Verfolgte des NS-Regimes, kandidierte nicht erneut als stellvertretende Landesvorsitzende. Die Düsseldorferin wurde unter langem Beifall zur Ehrenvorsitzenden gewählt. Hans-Dieter Warda vom Verdi-Landesvorstand, hatte die Konferenz zu Beginn mit einem herzlichen Grußwort eröffnet und die Tatsache eines Neonaziaufmarschs zu gleicher Stunde in Wuppertal verurteilt, an dem sich Nazis führend beteiligten, die VVN-Mitglieder terrorisiert haben. Er gedachte der Opfer des 11. September 2001 in New York, aber auch der des 11. September 1979 in Santiago de Chile, die Opfer von Terror und Staatsterror wurden.

VVN-BdA NRW ■

Tatort Stadion: Rassismus und Diskriminierung im Stadion

Auf Initiative des Bündnisses aktiver Fußball-Fans (BAFF) gastiert die Ausstellung „Rassismus und Diskriminierung im Stadion“ zur Zeit im Frankfurter DGB-Haus. Sie wird präsentiert von den Fan-Projekten Frankfurt, Offenbach, Mainz und Darmstadt, dem DGB und der Sportjugend Frankfurt. Es gibt verschiedene Begleitveranstaltungen sowie eine Broschüre mit Material zum Thema.
www.aktive.fans.de

Regierung soll Untätigkeit gegen Antisemitismus einstellen

BERLIN. Zu einer Studie der Universität Leipzig über wachsenden Antisemitismus erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: „Die Studie bestätigt meine Befürchtungen und Erfahrungen. Die Bundesregierung hatte erst kürzlich auf meine Anfrage mitgeteilt, dass im zweiten Quartal 2002 die Zahl der amtlich erfassten antisemitischen Straftaten gegenüber dem ersten Quartal um 150 Prozent angestiegen ist. ...Wenn Leute wie Schill, Stoiber und Möllemann die Backen so mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Sprüchen aufblasen wie in den letzten Wochen und Monaten, wundert es mich nicht, wenn sich auch in der Bevölkerung offener Antisemitismus breit macht.

Zwei Jahre nach den Anschlägen auf jüdische Menschen und Einrichtungen und der großen Demonstration in Berlin zum Jahrestag der Reichspogromnacht hat auch die Bundesregierung den „Aufstand der Anständigen“ wieder abgeblasen. Innenminister Schily will von Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus nichts mehr wissen.

Im Haushalt 2003 will er nur 3 Millionen Euro für Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und nur 2,8 Millionen Euro für den Schutz jüdischer Friedhöfe bereit stellen. Die Leipziger Studie bestätigt die Forderung der PDS, dass die Aufklärung gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit erheblich verstärkt werden muss.

Die PDS wird entsprechende Anträge in die Haushaltsberatungen einbringen.“

Ulla Jelpke ■

Kein Wahlkampf auf Kosten von Zuwanderern!

Köln-Leverkusener CDU-Kandidat verstößt gegen Fairness-Abkommen

„Weniger Zuwanderung – mehr Arbeitsplätze“ steht auf seinen Plakaten, „Wir sind für Null Toleranz gegenüber Verbrechen. Wir werden die Zuwanderung im Interesse unseres Landes steuern und begrenzen“ heißt es im Faltblatt, mit dem er für sich wirbt – der CDU-Kandidat für Köln-Mülheim/Leverkusen Helmut Nowak.

Vor allem die Plakate stoßen auf Ablehnung in einem Stadtteil, in dem Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern, vor allem aber türkische Zuwanderer leben. Mülheimer Bürger/innen beschwerten sich beim Runden Tisch für Ausländerfreundlichkeit, der im Vorfeld der Wahl die Parteien im Kölner Rat zu einem Fairness-Abkommen aufgefordert hatte. Darin haben sich die Parteien verpflichtet: „Migrantinnen und Migranten nicht für negative gesellschaftliche Entwicklungen wie Arbeitslosigkeit oder Gefährdung der Inneren Sicherheit verantwortlich zu machen.“ Genau das aber tut Nowak.

Frau Bartscherer vom Katholikenausschuss, eine der vom Runden Tisch eingesetzten Ombudsleute für einen fairen Wahlkampf und selbst Mitglied der CDU, befindet: Das Plakat ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Abkommen.

Mit Schreiben vom 28.8. fordert sie den CDU-Kandidaten auf, die Plakate

Das umstrittene Plakat

bis Ende der Woche zu entfernen. Doch ihre Aufforderung bleibt bis zum 1. September ohne Wirkung.

Am 3. September berichtet daraufhin der Kölner Stadtanzeiger. Laut Zeitungsartikel hält der Kölner CDU-Chef Blömer die Aussagen auf dem Plakat für „missglückt“. Er habe Nowak gebeten, die Tafeln abzuhängen. Anweisen könne er den Kandidaten aus Leverkusen, der Vorsitzender der dortigen CDU ist, allerdings nicht.

Inzwischen wächst der öffentliche Druck. Die PDS-Kandidatin im Wahlkreis Leverkusen/Mülheim, Hamide Akbayir, emigrierte Kurdin und Mitglied des Ausländerbeirates der Stadt Köln, fühlt sich durch den herabwürdigenden Plakatanschlag beleidigt und fordert: „Wir Wahlkreiskandidaten sollten gemeinsam den Mitbewerber Nowak zum Plakatwechsel bewegen und im Kampf um die Wählerstimmen fairer und besonnener sein.“ Auch die FDP-Kandidatin äußerte sich entsprechend.

Nowak aber steht nach wie vor zu seinen Aussagen und will die Plakate hängen lassen. Laut Stadtanzeiger hat der 61-jährige Unternehmer „mit einer gewissen Verwunderung von der Kritik aus der Nachbarstadt gehört“. Er sehe keinen Verstoß gegen das Abkommen. Als Brillenhersteller sollte er vielleicht einmal zum eigenen Produkt greifen und genau hinsehen:

Die Verknüpfung der Ablehnung von Zuwanderung mit der Forderung „mehr Arbeitsplätze“ impliziert, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen fehlenden Arbeitsplätzen und dem Ausländeranteil im Stadtteil gibt. Das ist nicht nur falsch, sondern auch rassistisch, ähnliche Aussagen finden sich in der Regel auf Wahlplakaten der REP oder der NPD.

Die Kölner CDU will jetzt auf einer Zusammenkunft der Ortsvereins-Vorsitzenden noch einmal beraten. Richtig wäre nur eins: Abhängen und einstampfen.

Ulrike Bach ■

Beifall von ganz Rechts blieb für Nowak nicht aus. Inzwischen gibt es auf der Internetseite der neofaschistischen Bürgerbewegung Pro Köln einen Wahlaufruf für Nowak:

„Erststimme für Helmut Nowak!
Die Bürgerbewegung pro Köln ruft die Wähler im Bundestagswahlkreis Mülheim-Leverkusen dazu auf, ihre Erststimme dem CDU-Kandidaten Helmut Nowak zu geben. Grundlage dieses Wahlaufrufes ist ein von Nowak in den Wahlkampf eingeführtes Plakat mit der Losung: „Weniger Zuwanderung! Mehr Arbeitsplätze!“ Dazu erklärt die Vorsitzende von pro Köln, Judith Wolter: „Nowak hat ganz offensichtlich den Zusammenhang zwischen Massenarbeitslosigkeit und Zuwanderung erkannt. Die großen, internationalen Konzerne wollen einen globalisierten Arbeitsmarkt, um mit dem Arbeitskräfte-Überschuß der wirtschaftlich weniger entwickelten Länder überall die Einkommen drücken zu können. Die Folge ist bei uns millionenfache Arbeitslosigkeit. Die Konzerne können mit der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland gut leben und gute Gewinne machen. ‘Offene Grenzen’ sind im Interesse der wirtschaftlich Starken und benachteiligen diejenigen Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Kapitalerträge, sondern durch Arbeit erwirtschaften. Mehr Zuwanderung bedeutet mehr Arbeitslosigkeit.
Hut ab vor Helmut Nowak, der Mann hat Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen und in eine einfache Formel zu fassen!“

CDU und FDP lehnen Fairness-Abkommen ab

Essen. CDU und FDP haben in Essen die Unterzeichnung eines Fairness-Abkommens für den Wahlkampf abgelehnt. In dem Abkommen, das von SPD und Grünen vorgeschlagen und von der PDS Essen unterstützt wurde, sollten sich die Unterzeichner auf einen fairen Wahlkampf verpflichten, „der auf Diffamierungen sowie ehrverletzende Bemerkungen verzichtet“ und „nicht zu Lasten von Minderheiten geht“. Gerade der letzte Punkt hat vor allem die CDU gestört. Sie fühlte sich unangenehm an Kampagnen wie „Kinder statt Inder“ erinnert, wo ihr Kanzlerkandidat in den letzten Monaten doch Tonnen von Kreide gefressen hat.

Die Nicht-Unterzeichnung des Abkommens durch CDU und FDP läuft faktisch darauf hinaus, dass sie sich eine Tür offen halten für einen diffamierenden und ehrverletzenden Wahlkampf zu Lasten von Minderheiten. Dabei wäre es sicherlich besser gewesen, wenn der Vorschlag für ein Fairness-Abkommen von parteiunabhängigen Gruppen wie dem Ausländerbeirat oder Pro Asyl/Flüchtlingsrat gekommen wäre, wie es die PDS bei einer Veranstaltung des Ausländerbeirates der Stadt Essen im Juni vorgeschlagen hatte. So hätte der Vorschlag von SPD und Grünen nicht in den Geruch kommen können, selbst Wahlkampf zu sein.

Wolfgang Freye ■

Sommeruniversitäten beim FN ...

ANNECY. Manche haben lange darauf gewartet, doch noch immer will der Alte nicht gehen: Anwärter auf die Nachfolge des rechtsextremen Parteichefs Jean-Marie Le Pen werden sich noch länger gedulden müssen. Zu Beginn der Sommeruniversität des Front National (FN) im ostfranzösischen Annecy hat Le Pen dies Mitte voriger Woche durchblicken lassen. Die Tagung, die vom 28. bis 30. August 02 dauerte, hat nach einem Gerichtsbeschluss gegen den Bürgermeister von Annecy, Bernard Bosson (Christdemokrat), doch noch stattfinden können. Ursprünglich hatte die Tagung im südwestfranzösischen Pau stattfinden sollen. Doch der dortige sozialistische Bürgermeister, André Labarrère, hatte das Stattfinden auf dem Boden seiner Kommune abgelehnt. Dafür zog er zwar öffentlich eine klare politische Begründung heran, doch zugleich konnte er auch juristische Angriffe mit einem „technischen" Argument parieren, da er auf bauliche Schäden am Kongresszentrum hinweisen konnte. Bosson hatte damit argumentiert, dass der Kongresspalast im ostfranzösischen Annecy von seinen Statuten her nicht für politische Veranstaltungen mit Publikums- und Außenwirkung vorgesehen sei. Doch der Conseil d'Etat, das oberste Verwaltungsgericht, verdonnerte ihn daraufhin wegen parteipolitischer Diskriminierung. Allerdings kamen nur rund 250 Mitglieder und Kader des FN, statt der vorgesehenen bzw. angekündigten 500 bis 600, aus diesem Anlass zusammen. Manche hatten vielleicht ihre letzte Augustwoche bereits anderweitig verplant, nach dem langen Tauziehen um das Stattfinden der Veranstaltung. Doch zugleich dürfte diese eher geringe Teilnehmerzahl auch belegen, dass es derzeitig – neben dem Treiben des in seiner Partei allmächtigen Chefs Jean-Marie Le Pen – keine große Dynamik an der Basis gibt.

... und beim zerfallenden MNR

Vom 29. bis 31. August hatte der MNR rund 300 bis 400 Parteigänger zu seiner eigenen Sommeruniversität Saint-Laurent-sur-Manoire, in der südwestfranzösischen Dordogne, zusammenbringen können. Diese Mobilisierung ist zwar zahlenmäßig ein wenig besser als jene zur FN-Sommerveranstaltung in Annecy. Sie ist jedoch politisch ungleich schwächer zu werten, denn bei derzeitigem Stand ist der FN eine weitgehende Führerpartei. Der MNR hingegen ist eine fast reine Kaderorganisation (mit kollegialer Führung), die ohne anerkannte „Volkstribunen"- oder Führerfigur auskommen muss. Das bildet innerhalb der, auf starke Führungspersönlichkeiten ausgerichteten, extremen Rechten freilich eher ein Problem. Das Bild, das der MNR kurz nach dem Stattfinden seiner Sommertagung abgibt, ist eindeutig: Es ist das eines des Zusammenbruchs. Der MNR ist schwer angeschlagen aus seinen Wahlschlappen im Frühjahr 2002 hervorgegangen, zumal diese zeitgleich zum (relativen) Triumph des innerrechten Erbfeinds Jean-Marie Le Pen zu verzeichnen waren. Dazu kamen die öffentlichen Auswirkungen des Attentatsversuch durch den Neonazi Maxime Brunerie auf Staatspräsident Jacques Chirac. Brunerie hatte im März 2001 zu den Kommunalwahlen in Paris für den MNR kandidiert.

Die Regenbogenzeitschrift VSD (für „Vendredi, Samedi, Dimanche" = Freitag, Samstag, Sonntag) berichtet in ihrer Ausgabe vom 22. August nochmals über den Attentatsversuch Bruneries am Nationalfeiertag im Juli. Der Artikel ist weitgehend uninteressant, zumal er die – tatsächlich nicht sonderlich intelligent vorbereitete – Tat entpolitisiert und auf Liebeskummer Bruneries zurückzuführen versucht. Doch ein Detail ist interessant: Die Autorin, die offensichtlich über Polizeiinformationen verfügte – sie zitiert aus Ermittlerquellen bezüglich der bei Brunerie aufgefundenen Gegenstände – spricht von aktuell 1.500 Mitgliedern des MNR. Ein Druckfehler durch versehentliches Weglassen einer Null ist ausgeschlossen, da die Zahl in Druckbuchstaben ausgeschrieben ist.

Trifft die Zahlenangabe zu – und derzeit ist keine andere verfügbar –, dann wäre der MNR bereits sehr tief abgestiegen. Zum Jahresanfang 1999 war der Gründerkern der Mégret-Partei mit (angeblich) rund 15.000 Mitgliedern aus dem damaligen Front National ausgezogen, das wäre damals rund ein Drittel der (real zu vermutenden) FN-Mitgliedschaft gewesen, und zwar deren aktivster Teil. Am Gründungskongress in Marignane im Januar 1999 hatten immerhin 3.000 Mitglieder aktiv teilgenommen. Es dürfte feststehen, dass beide Hälften des gespaltenen Neofaschismus seitdem an aktiven Mitgliedern eingebüßt haben. Vor allem vermutlich der MNR, der seit dem Frühjahr 1999 keine vorzeigbaren landesweiten Wahlergebnisse mehr erzielte – allerdings ein paar gute Ergebnisse bei den Kommunalwahlen im März 2001, an erster Stelle in Marignane (doch dessen Bürgermeister Simonpieri ist aus dem MNR ausgetreten) und Vitrolles (doch diese Stadt könnte am 6. Oktober dieses Jahres bei Neuwahlen verloren gehen). Und der bereits mehrfach seine Mitglieder zur Kasse gebeten hat, um Parteischulden abzahlen zu können. Doch stimmt die Zahl von 1.500 Mitgliedern, dann ist bereits jetzt ein beachtlicher Tiefpunkt erreicht.

Bruno Mégret wusste, dass er nun strategische Entscheidungen treffen muss. Die Strategie, zugleich rechts vom „klassischen" FN – als Partei, die für die militanten Neonazis offen ist – und „links" von ihm (als mit den Konservativen bündnisfähige und -bereite Kraft) zu stehen, ist nicht länger durchhaltbar. Denn je geringer die Gesamtmasse wird, desto größer

Fortsetzung Seite 8

Le Pen forever – auch 2007 ?

Nach seinen Verlautbarungen will der FN-Chef auch noch im Jahr 2007 zur Präsidenschaftswahl kandidieren. Davor will der mittlerweile 74jährige im übernächsten Jahr Listenführer seiner Partei zu den Europaparlamentswahlen sein. Seit nunmehr 30 Jahren steht Le Pen ununterbrochen an der Spitze der neofaschistischen Formation, die er im Oktober 1972 gründete. Rivalen um die Nachfolge, wie sein ehemaliger Chefideologe Bruno Mégret, flogen aus der Partei. Seit einiger Zeit galt der eher bürgerlich wirkende FN-Führungskader Bruno Gollnisch, ehemaliger Dekan der juristischen Fakultät der Universität Lyon-III, als wahrscheinlicher Nachfolger seines Chefs Le Pen. Doch dieser macht den Zukunftsplänen einiger hoher Parteifunktionäre erneut einen Strich durch die Rechnung. Neben seinem Vorhaben, sich selbst noch über Jahre hinaus an der Spitze der Partei zu halten, baut Le Pen nun selbst eine mögliche Nachfolgerin auf: Seine jüngste Tochter Marine (34), derzeit Rechtsanwältin des FN.

Als Vorsitzende der Vereinigung jüngerer Kader „Generation Le Pen" will die gleichnamige Politikerin dem FN ein moderneres Image geben. Dies gab sie kurz nach ihrer Führungsübernahme bei diesem Verein, den einst Le Pens jung-dynamischer Schwiegersohn und FN-Jugendführer Samuel Maréchal – er ist inzwischen kaltgestellt – (1998) begründete, zu Anfang des Sommers bekannt. (‚Le Monde' vom 11. Juli 02) Sie kündigte an, etwa im Bereich der Abtreibung und Frauenpolitik eigene Vorstellung, abseits des Parteiprogramms, zu hegen. Die katholischen Fundamentalisten der Partei unter dem Altkader Bernard Antony heulten deswegen vorige Woche in Annecy auf. Auch im Hinblick auf die EU-Gegnerschaft könnte die Konzeption des FN etwas überholt werden.

Einer solchen familiären Nachfolge dürfte der Parteiapparat nicht viele Hindernisse in den Weg stellen können: Die Partei hat seit der Trennung vom Mégret-Flügel 1999 einen Großteil ihrer denk- und handlungsfähigen Kader verloren. Das hat Le Pen in Annecy vorige Woche selbst zugegeben: Falls er im Frühjahr je zum Präsidenten gewählt worden wäre, hätte er enorme Probleme gehabt, eine Regierung zu bilden, so Le Pen. Nunmehr plädierte er für eine „Humanisierung des Images" der rechtsextremen Partei.

Zugleich knüpfte der FN-Chef, die Gelegenheit nutzend, sogleich an eine Verlautbarung des Wirtschaftskapitäns Claude Bébéar auf der zeitgleich stattfindenden Sommeruniversität des Arbeitgeberverbands MEDEF an. Bébéar, Vorstandsvorsitzender des Versicherungskonzerns und Branchengiganten AXA, hatte anlässlich der in der Nähe von Versailles stattfindenden Kapitalistentagung erklärt: „Die weiße Rasse ist dabei, (angesichts des Geburtenrückgangs) Selbstmord zu begehen." Le Pen warf die Suggestivfrage auf, ob Bébéar sich „so äußern darf", oder ob nun auch er unter das Antirassismus-Strafgesetz falle. Auf die – dämliche – Frage eines Journalisten, ob Le Pen sich einen Claude Bébéar als Wirtschaftsminister unter seiner Führung vorstellen könne, antwortete Le Pen: „Warum nicht." *bhs*

Und noch viel mehr V-Leute

von Ulla Jelpke

Wer den Wahlkampfbroschüren der Regierenden glaubt, mag damit selig werden. Wer aber erfahren will, was sie wirklich planen, der lese die Haushaltsentwürfe. Was plant zum Beispiel der Bundesinnenminister? Welche innenpolitischen Vorhaben hinterlässt die Koalition von Sozialdemokraten und Grünen im Haushaltsentwurf 2003 dem künftigen Innenminister Schily oder Beckstein?

Schauen wir in den Abschnitt über das Bundeskriminalamt: 1999, im ersten Jahr von Rot-Grün, lag die Personalstärke des BKA schon bei stattlichen 4518 Beschäftigten. Diese überdimensionierte Behörde, deren Existenz der Verfassungsregel widerspricht, dass Polizei eine Sache der Länder, nicht des Bundes ist, wurde nach dem 11. September 2001 in einem Tempo ausgebaut, dass jeder CSU-Innenpolitiker neidisch werden musste. 4871 Beamte, Angestellte und Arbeiter sollen 2003 beim BKA beschäftigt sein, 353 mehr als im ersten Jahr dieser Regierung. Noch steiler stieg das Budget des Amtes: von 275 Millionen Euro (1999) auf 394 Millionen Euro (2003). Ein Plus von 43,3 Prozent. Von wegen „schlanker Staat“!

Zum Vergleich: Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung wurden von 1999 bis 2003 um sechs Prozent erhöht. Der Etat des BKA wuchs also in vier Jahren Rot-grün sieben Mal so schnell wie die – hinter der Inflationsrate zurückbleibenden – Ausgaben für soziale Sicherung. Selbst die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung, angehoben durch Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen, stiegen mit 24 Prozent (1999-2003) nur etwa halb so schnell wie die des BKA. Wenn das keine klaren Prioritäten sind!

Noch krasser entwickeln sich andere Einzelposten. Der Zuschuss für Europol wird sich 2003 mit 16,5 Millionen Euro gegenüber den acht Millionen im Jahr 2000 mehr als verdoppelt haben. Der BKA-Etat für Datenverarbeitungsgeräte und -programme steigt sogar von 7,4 Millionen Euro (2001) auf 47,2 Millionen Euro im nächsten Jahr, also auf mehr als das Sechsfache innerhalb von zwei Jahren. Lauschangriff ist offensichtlich teuer. Datenschutz wäre billiger.

Das für seine V-Leute-Skandale berüchtigte Bundesamt für Verfassungsschutz bekommt ebenfalls eine Steigerung seines Etats, von der alle SozialpolitikerInnen und vor allem die auf Sozialleistungen Angewiesenen nur träumen können. Statt mit 114,7 Millionen Euro (1999) dürfen VS-Chef Fromm und seine Leute im nächsten Jahr mit 154 Millionen Euro rechnen, 34,3 Prozent mehr. Viele neue V-Leute können damit bezahlt werden - mit welchen Folgen für die innere Sicherheit, insbesondere für die persönliche Sicherheit von Flüchtlingen und MigrantInnen, zeigt ein Blick in die monatliche Statistik rechter Gewalt.

Der mit Abstand größte Zuwachs findet sich im Titel „Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder“. Diese meist in Panzerkleidung auftretenden Einheiten sollen im nächsten Jahr 235 Prozent mehr bekommen. Statt 5,2 Millionen Euro (2002) will Schily ihnen nächstes Jahr 17,5 Millionen Euro zukommen lassen – neue schicke Panzerkleidung vermutlich, Wasserwerfer, Knüppel und NATO-Draht. Wie sich die jetzt Regierenden im Widerstreit von Innerer Sicherheit und Bürgerrechten auch künftig entscheiden wollen, ist damit vorgezeichnet.

Dass ihnen auch die Wünsche der Vertriebenenverbände besonders am Herzen liegen, hat die Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ gezeigt. Je weniger Ostvertriebene aus den Jahren 1944 ff. es noch gibt, desto teurer werden sie der SPD und den Grünen. Hier haben sich Schily und Schröder in den letzten Jahren eifrig um Vergangenheitsbewältigung bemüht. Schilys Entschuldigung bei dem rechtsextrem durchsetzten Bundesverband der Vertriebenen und dessen Präsidentin Erika Steinbach für den angeblich unberechtigten Vorwurf des Revanchismus scheppert noch im Ohr.

Auch hier sollen den Worten neue, größere Taten folgen. Nächstes Jahr will Schily die Zuschüsse für den BdV von 25,98 Millionen Euro (2002) auf 29 Millionen Euro erhöhen. Zum Vergleich: Die Bundeszentrale für politische Bildung soll im nächsten Jahr wieder nur erbärmliche drei Millionen Euro für Aufklärungsarbeit gegen Rechtsradikalismus erhalten, für die Sicherung und Betreuung der Friedhöfe ehemaliger jüdischer Gemeinden sind wieder nur 2,8 Millionen Euro vorgesehen.

Wenn ein Minister für Aufklärung gegen Rechtsextremismus ein Zehntel dessen bereitstellt, was er im gleichen Jahr einer Organisation zahlt, die dem Rechtsextremismus seit jeher als Nährboden dient – welches Fazit drängt sich da auf?

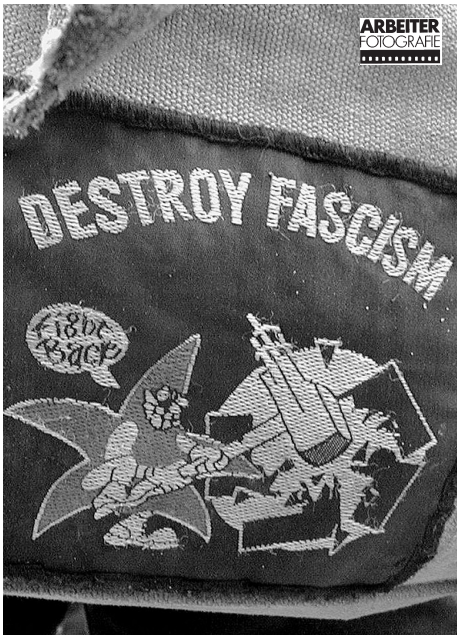
Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion

Die Analyse der Aktivitäten der V-Leute Holtmann und Frenz – erarbeitet vom DISS-Institut für die PDS Fraktion im Bundestag – ergibt, dass diese nicht als *agents provocateurs* innerhalb der NPD wirkten. Die Autoren Schobert und Dietzsch kommen zu dem Schluss, dass es vollkommen unsinnig wäre, sogar von einer Steuerung der NPD durch Geheimdienste zu sprechen. Vielmehr verkörperten die beiden exponierten NPD-Funktionäre den Typus des *omnimodo facturus*, d.h. es handelte sich um Personen, die man zu nichts anstiften kann, weil sie ohnehin zu allem bereit sind. Ihre Aktivitäten deckten sich nahtlos mit dem sonstigen Kurs der Partei, und sie genossen gerade wegen ihrer antisemitischen und rassistischen Hetze über Jahrzehnte das Vertrauen der Partei. Aus diesem Grund kann die V-Mann-Affäre auch nicht als Argument gegen das lange überfällige Verbot der NPD dienen. Freilich wirft die Affäre ein düsteres Licht auf die Aktivitäten der Verfassungsschutzämter, insbesondere auf deren V-Mann-Praxis. Dies führte letztendlich dazu, die NPD zu stärken, statt sie zu schwächen, und sie erbrachte geheimdienstliche Informationen, die zuvor von der NPD-Führung gefiltert worden waren und deren Wert auch deshalb mehr als zweifelhaft gewesen sein dürfte. Es stellt sich die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, das V-Mann-Unwesen endlich vollständig zu beenden. Die Affäre ist ein Beleg dafür, dass sich die Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland einer wirksamen demokratischen Kontrolle erfolgreich entziehen, so die Autoren.

Sonderausgabe der Archiv-Notizen Aug./Sept. 2002, 5 Euro, zu bestellen über: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg, Tel. 0203-20249, Fax 0203-28 78 81 email: diss@uni-duisburg.de

Fortsetzung von Seite 6

werden die zentrifugalen Kräfte, die eine kriselnde Partei auseinanderzureißen drohen. Bereits im Sommer 2002 war es zu Abgängen, aber auch Ausschlüssen gekommen. Am 1. August gab Mégret die „faktische“ Trennung von den militanten Radaufaschisten um Fabrice Robert (von der verbotenen Unité radicale) bekannt, der auch tatsächlich Ausschlüsse gefolgt zu sein scheinen. Auch Anhänger des Rasseideologen Pierre Vial (der selbst bereits im Herbst 2001 wegen eines zu USA-freundlichen Kurses ausgetreten war) fanden statt, wie jene des Re-



gionalparlamentariers aus Orléans, Denis Daude, der (zusammen mit anderen) in einem Brief an die MNR-Kader die Schaffung einer Struktur „außerhalb von Wahlen“ empfohlen hatte. Von selbst gegangen sind u.a. die Elsässer Stéphane Bourhis, Regionalparlamentarier in Strasbourg, und Thierry Gross (Kommunalparlamentarier in Mulhouse). Sie wollen jetzt an der Gründung einer rechts(extrem)en, elsässisch-regionalistischen Partei teilnehmen. Gegangen ist auch Philippe Adam, der bei den Lokalwahlen 2001 in Südostfrankreich noch eines der höchsten Ergebnisse in Salonde-Provence erzielt hatte.

Anlässlich der Sommertagung Ende August nun hat Mégret sein neuen Kurs vorgegeben. Und er lautet: Wir werden gemäßigt! Bruno Mégret sprach vom „Bruch mit der extremen Rechten“, und gab als Standortbestimmung aus: „Der MNR ist eine Bewegung auf der Rechten, der richtigen Rechten, und liegt zwischen der extremen Rechten und der politischen Mitte. Er steht links vom Front National und rechts von der UMP“, so heißt die neue Einheitspartei der Rechten unter Jacques Chirac (= Union für die Mehrheit des Präsidenten). Letztere soll nach ihrem Gründungskongress am 17. November nur noch „L'Union“ heißen, vielleicht nach dem Vorbild der deutschen CDU/CSU, deren Strukturen als Einheitspartei der konservativen Rechten auf jeden Fall kopiert werden sollen. Mégret sprach sich für Abkommen bei Wahlen mit der Union aus, und kündigte „jenen, die in zweifelhaften Gruppen herumhüpfen“, den Parteiausschluss an. Schließlich sei man um jene bemüht, die „mit den wichtigsten Ideen des FN einverstanden sind, aber ohne den Faschismus, ohne das Spießertum, ohne den Extremismus, ohne die verbalen Exzesse und Ausrutscher, ohne Rassismus und Antisemitismus“. Zugleich sei man konsequenter und weniger feige oder kompromisslerisch als die Union. Beim MNR unterscheide man zwischen der „Masseneinwanderung“, die man nicht wolle, und der assimiliationsfähigen „guten Einwanderung“, die es – auf individueller Ebene – auch gebe. Und der MNR-Generalbeauftragte (Nummer Zwei der Partei), Jean-Yves Le Gallo, sprach davon, „Europa vollkommen zu akzeptieren“, wobei dieses Europa allerdings „zum Ausdruck und zur Verteidigung seiner Zivilisation“ hin umorientiert werden solle. Das alles aber war für viele MNR-Kader zu viel.

Eine Reihe von Kadern sind daraufhin frisch aus der Mégret-Partei ausgetreten. Unter ihnen ist der bisherige MNR-Generalsekretär (Nummer Drei der Partei) Frank Timmermans, aber auch eine Reihe von Bezirkssekretären in den Départements. Laut ‚Le Monde' vom 4. September 02 streben einige die Gründung einer neuen politischen Organisation an. Derselben Zeitung zufolge ist auch der paramilitärische Ordnerdienst der Partei, der DPA (Abteilung Schutz und Beistand/ Département protection assistance) - eine Nachbildung des DPS bei Jean-Marie Le Pen - oder jedenfalls seine Spitze weitgehend von Mégret abgefallen. Der nationale DPA-Direktor Claude Cotte ist demnach am Montag, 2. September von seinem Amt zurückgetreten. Dasselbe taten die DPA-Verantwortlichen in 15, von insgesamt 22, französischen Regionen.

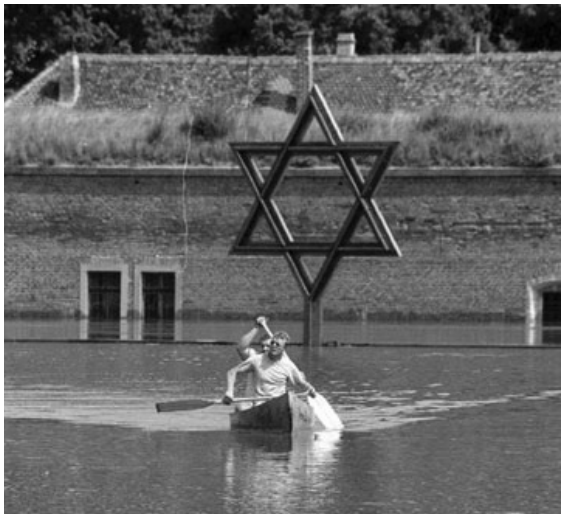
Im Oktober 02 hatte der MNR einen nationalen „Neugründungskongress“ geplant, um den Kahn, der abzusaufen droht, wieder flott zu bekommen. Er könnte vor dem Hintergrund von Ruinen stattfinden. Damit würde der MNR auch als attraktiver Partner für eine EU-weite gemeinsame Liste rechtsextremer Parteien zu den Europaparlamentswahlen im Juni 2004 entfallen. Bruno Mégret hatte in dieser Sache im November 2001 an einem Treffen in Österreich teilgenommen, das Jörg Haiders „Kulturberater“ Andreas Mölzer organisiert hatte.

Bernhard Schmid, Paris ■

Augenzeugenbericht von Eberhard Frasch, 26. August 2002

Die Flut in Theresienstadt

Mitte August, die Hochwasserwelle rollt von Prag in Richtung Dresden, irgendwo zwischen den Bildern und Schlagzeilen begegnet mir die lapidare Ein-Zeilen-Meldung: „Stadt und Gedenkstätte Theresienstadt unter Wasser.“ Ich recherchiere im Internet und finde schließlich einige wenige Bilder: Der Nationalfriedhof überschwemmt, einsam ragt der Davidstern aus den Fluten; die Torüberschrift „Arbeit macht frei“ im Spiegel des Wassers, die Straßen von Theresienstadt Kanäle. Berichte, genauere Informationen: Fehlanzeige.



Ich habe den Eindruck: Diese Senke in Nordböhmen, in der die Ohre in die Elbe mündet und die kilometerweit überflutet ist, liegt im toten Winkel der Berichterstatter, auch derer in Deutschland, die – verständlicherweise wegen der eigenen Hochwasserprobleme – der dramatischen Situation Terezins kaum Beachtung schenken. In mir reift der Entschluss, auf eigene Faust nach Theresienstadt zu fahren - in doppelter Intention: einmal um meine Hilfe bei den Aufräumarbeiten anzubieten, zum anderen, um aus der eigenen Anschauung heraus zu versuchen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Katastrophe dieses durch die Naziverbrechen mit Deutschland so eng verknüpften Ortes zu lenken. Selbstverständlich bin ich mir meiner bescheidenen Möglichkeiten bewusst, trotzdem ...

So sammle ich Sachspenden bei den Geschäften im Umfeld und mache mich auf zu einer Reise ins Ungewisse: eine endlos sich hinziehende Bahnfahrt durch die Tagebau-Mondlandschaften Nordböhmens bei brütender Hitze, kein Schaffner weiß, wo welcher Zug im Überschwemmungsgebiet en-

det. Schließlich lande ich doch in Litomerice/Leitmeritz und gelange mit der Hilfe eines Taxifahrers am Abend des 20. August durch alle Sperren nach Theresienstadt – der Großteil des Wassers war erst am Vortag abgeflossen. An den Hauswänden die unübersehbare dunkelflächige Wasserstandsmarke: in der gesamten Stadt ca. 1,50 - 2 Meter über dem Straßenniveau – ein Bild der Zerstörung. Die ersten Aufräumarbeiten sind für diesen Tag abgeschlossen, die Helfer ziehen für heute ab. Der Großteil der Einwohner ist noch evakuiert. So werde ich die Nacht in einer menschenleeren Stadt bei Kerzen und Mondlicht verbringen - umgeben von einer unheimlichen Stille.

Ich werde sehr herzlich empfangen und komme für diese Nacht (und drei weitere) im trocken gebliebenen zweiten Stock der Begegnungsstätte unter. Die nächsten Tage helfe ich zunächst Materialien aus der Sammlung zu bergen, zu sichten, zu reinigen und zu desinfizieren, u.a. persönliche Habseligkeiten der Ghettobewohner und Häftlinge, Koffer, Werkzeuge, aber auch die Folterwerkzeuge und Waffen ihrer Peiniger. Wir, das zwischen Verzweiflung und Entschlossenheit schwankende Personal sowie die Mitglieder der Freiwilligendienste aus Deutschland und Österreich, später auch Soldaten, räumen die überschwemmten Räume: fast das gesamte Mobiliar, die Teppichböden, unzählige Publikationen, wissenschaftliche und pädagogische Dokumentationen, Geschäftsakten – alles muss auf dem Müll, vieles unersetzlich. Was trocken geblieben ist und gereinigt werden kann, wird nach oben gebracht, um die Erdgeschossräume für die Renovierung vorzubereiten. Durchnässte Dokumente werden in Lkws tiefgekühlt abgefahren, in der Hoffnung sie retten zu können.

In den nächsten Tagen bekomme ich allmählich einen Überblick: In den Häusern der Begegnungsstätte (eines davon erst kürzlich eröffnet) sind v.a. die technischen Einrichtungen in Küche und Büros betroffen; im Museum sind v.a. die Büros und das Kino beschädigt, die „Kleine Festung“ (das ehemalige Gestapo-Gefängnis) steht noch länger unter Wasser, dort ist der Schaden an Gebäuden, Einrichtung und Materialien unübersehbar, der Nationalfriedhof ist eine Schlammwüste, jüdischer Friedhof und Krematorium sind noch vollkommen überflutet, als ich am 23. August abreise. Von der Stadt und der Umgebung ganz zu schweigen.

Nach einer ersten Bestandsaufnahme der Direktion liegt der Schaden bei 2 Mio. Euro. Im Augenblick kann sich niemand vorstellen, wie der Kraftakt, die Begegnungsstätte wieder voll instand zu setzen, gemeistert werden kann. Auf der Heimreise habe ich einen Spendenaufruf der Direktion im Gepäck und lasse das Versprechen zurück, ihn in Deutschland zu verbreiten.

Hoffnungszeichen durch zukunftsorientierte Erinnerung zu geben, ist der Auftrag einer Gedenkstätte. Ihre Mitarbeiter brauchen heute in ihrem Kampf gegen den Schlamm und die Verzweiflung ein Zeichen der Hoffnung von uns: unsere Spende für den Wiederaufbau.

Spendenkonto: Verein der Freunde und Förderer von Theresienstadt e.V. Potsdam/Berlin, Nr. 586301400, Deutsche Bank Berlin, BLZ 100 700 00, Kennwort: Gedenkstätte Theresienstadt

Eberhard Frasch
Eine Information der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, Schwanthalerstr. 139 Rgb., 80339 München.

Riefenstahl-Feier im ehemaligen „Führerbau“:

„Ein unerträglicher Skandal“

MÜNCHEN. Eine Feier zum 100. Geburtstag der NS-Propaganda-Regisseurin Leni Riefenstahl, die neonazistische Kreise im ehemaligen Führerbau, der jetzigen Musikhochschule, veranstaltet haben, sorgt in der Münchener Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste für Empörung.

Fraktionsvorsitzende Sabine Krieger fordert in einem Antrag an den Feriensenat am 4. September einen genauen Bericht über die Vorfälle vom vergangenen Freitag in der Musikhochschule. Sie will wissen, was über die Veranstalter und den Verlauf der Feier bekannt ist und inwieweit das Kreisverwaltungsreferat in die Genehmigung involviert war. Außerdem fordert sie, zusammen mit den Behörden des Freistaats eine Strategie zu entwickeln, „die es Rechtsextremisten in Zukunft unmöglich macht, öffentliche (und vor allem durch die deutsche Geschichte besonders sensible) Gebäude für ihre Zwecke zu nutzen.“

Sabine Krieger: „Die Feier des 100. Geburtstag der sehr umstrittenen früheren Propaganda-Regisseurin Hitlers Leni Riefenstahl im ehemaligen Führerbau Adolf Hitlers ist ein unerträglicher Skandal, der ein schlechtes Bild auf die Stadt München und ihre Bemühungen um die Bewältigung ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit wirft. Gerade ein so sensibles Gebäude wie der ehemalige Führerbau darf nicht für jede beliebige Veranstaltung aus Geldgründen zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt steht in der Verantwortung, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um derartige Vorfälle künftig zu vermeiden.“

PM Bündnisgrüne,28. 8. 02. ■

Aus dem Spendenappell der Leitung der Gedenkstätte Theresienstadt:

Die Leitung der GEDENKSTÄTTE THERESIENSTADT appelliert an alle Menschen, denen die Existenz und die Arbeit der Einrichtung am Herzen liegt, einen Spendenbeitrag zur Beseitigung der Schäden und zum Wiederaufbau zu leisten.
Informationen über die Situation und über Spendenkonten in Deutschland durch Herrn Eberhard Frasch: FON 07472-915468, FAX 07472-915469, MAIL e.frasch@gmx.de
Wir danken allen, die uns durch Weitergabe der Information oder eine Spende unterstützen!
Dr. Blodig, (Vizedirektor)

Aus der Pressemitteilung, mit der Eberhard Frasch den Spendenappell der Gedenkstättenleitung weiterleitete:

Zu meiner Person: Ich bin Historiker und Fachleiter für Geschichte und Politik an einem Tübinger Gymnasium. ... Da in den Medien in Tschechien und noch mehr in Deutschland und Österreich (verständlicherweise wegen der eigenen Hochwasserprobleme) die dramatische Situation Terezíns kaum Beachtung findet, habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, das öffentliche Augenmerk (auch) dorthin zu lenken. Ein erster Schritt ist, die Pressemitteilung und den Spendenappell in Deutschland und Österreich zu verbreiten.

Hintergrundbericht:

Die Gesellschaft für bedrohte Völker

Die deutsche Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die sich als „Menschenrechtsorganisation“ bezeichnet, tritt für die weltweite Durchsetzung von „Volksgruppen“-Rechten und des „Rechts auf die Heimat“ ein. Sie kooperiert mit Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik wie dem Bund der Vertriebenen und der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen und ist eng mit der deutschen Expansionspolitik unter dem Vorwand der „Durchsetzung von Menschenrechten“ verflochten. Die Durchsetzung der „fundamentalen Menschenrechte“ soll nach den Vorstellungen der GfbV durch „ständig einsatzbereite militärische Eingreiftruppen“ sicher gestellt werden.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), ein 1970 gegründeter Verein mit (nach eigenen Angaben) rund 8.300 Mitgliedern und etwa 25.000 Unterstützern, bezeichnet sich selbst als „die größte Menschenrechtsorganisation in Deutschland nach amnesty international“ . Darüber hinaus gibt es – als Teil der GfbV-International – weitere Sektionen in Österreich, Luxemburg, der Autonomen Region Südtirol, der Schweiz und Bosnien-Herzegowina sowie ein Kontaktbüro in Paris. Die GfbV hat seit 1993 beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO. Gründer und politischer Kopf der GfbV ist Tilman Zülch, seit Mai 2000 Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker und Präsident der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Im vergangenen Jahr erhielt er die Plakette des Bundes der Vertriebenen (BDV) „für den Einsatz um die Menschenrechte der deutschen Vertriebenen“, in diesem Jahr von Bundespräsident Rau das Bundesverdienstkreuz für „konsequentes Eintreten für die Menschenrechte“.

„Ethnozid“ und „Sprachenmord“

Die politische Arbeit der GfbV ist von der deutschen völkischen Ideologie bestimmt. Im Mittelpunkt stehen nicht bedrohte und verfolgte Menschen, auch wenn die GfbV sich selbst als Menschenrechtsorganisation bezeichnet. Wie schon der Organisationsname zeigt, interessieren die einzelnen Menschen als Mitglieder einer bestimmten Gemeinschaft - eben eines Volkes. Laut Satzung kämpft die GfbV „gegen jeden Versuch, ein Volk, seine Sicherheit, sein Leben, sein Recht auf Eigentum und Entwicklung, Religion sowie seine sprachliche und kulturelle Identität zu zerstören“. „Volk“ ist in der Sichtweise der GfbV die wesentliche Organisationsform der Menschheit, eine quasi-natürliche „Gemeinschaft“, die im Grunde erst das Menschsein ausmacht. Menschen, die den Bestandteilen ihres „Ursprungsvolkes“ (Sprache, Kultur, Religion etc.) entfremdet werden, verlieren demnach ihre „Identität“ und damit einen wesentlichen Anteil ihres Menschseins.

Entsprechend bekämpft die GfbV jede Form des Aufgehens der überall auf der Welt entdeckten „Völker, Volksgruppen, ethnischen und religiösen Gemeinschaften“ in anderen Bevölkerungsgruppen, jede Form der Assimilation an eine andere als diese völkisch bestimmten Gemeinschaften als „Völkermord“. Die „Vernichtung von Andersartigem“ beginne mit der Zerstörung von Sprachen und Kulturen; das bedeute „Ethnozid“ und „kulturellen Völkermord“: „Eine Atmosphäre zu schaffen oder zu tolerieren, in der eine Sprache nicht überleben kann, ist Sprachenmord.“ Frankreich etwa wird wegen seiner in den Augen der GfbV ungenügenden Förderung der regionalen Dialekte des „fortgesetzten Ethnozids“ angeklagt.

Das am meisten bedrohte Volk: Die Deutschen

Geschichte ist für die GfbV dementsprechend in erster Linie Völkergeschichte bzw. eben die Geschichte fortgesetzter Völkermorde. Sie behauptet, dass „in unendlicher Folge seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ganze Volksgruppen vertrieben und immer wieder Genozid verübt wurde“. Die Völkermords-Geschichtsschreibung der GfbV geht einher mit einer weitgehenden Relativierung der realen deutschen Massenverbrechen, insbesondere des Holocaust. Das deutsche Volk wird dabei für die GfbV zu einem der am meisten bedrohten Völker: „In der Weltgeschichte ist die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa 1945 bis 1948 der schwerste Fall. Mehr als 12 Millionen Menschen verloren damals ihre Heimat, bis zu drei Millionen ihr Leben.“ Zülch - der „Politische Leiter“ der GfbV - beklagt, dem Holocaust werde ein zu großer Stellenwert eingeräumt, während das „Tribunal der Siegermächte“ die „Kriegsverbrechen alliierter Regierungen“ und die „Vertreibungsverbrechen an den Ost- und Sudetendeutschen (...), die nach heutigen Maßstäben den Tatbestand des Völkermords erfüllt hätten“, ungesühnt ließ.

Zülch wurde inzwischen in das Beratungsgremium des Bundes der Vertriebenen (BdV) zum Aufbau eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin berufen und setzt sich gemeinsam mit dem BdV für die Errichtung dieses Zentrums ein, welches das „Recht auf die Heimat“ durchsetzen soll. „Dieses Zentrum in Berlin ist gerade für die Opfer gegenwärtiger Vertreibungen von großer Bedeutung, denn die europäischen Regierungen bekämpfen dieses Verbrechen weder entschieden noch setzen sie sich energisch für eine Rückkehr der Vertriebenen ein“, erklärte Zülch.

Die letzte Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für bedrohte Völker im Jahr 2001 machte sich die Forderungen der deutschen Vertriebenenverbände zu eigen und forderte die Bundesregierung und den Bundestag dazu auf, „alles zu unternehmen, um Verbrechen der Vertreibung in Europa künftig zu verhindern und das Recht von Vertriebenen und Flüchtlingen auf Rückkehr durchzusetzen“. Die Bundesregierung müsse „auf europäischer und internationaler Ebene politische Schritte unternehmen, damit (...) sämtliche Gesetze und Verordnungen, durch welche die Vertreibung der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg angeordnet bzw. nachträglich legalisiert wurde, von den heutigen EU-Beitrittskandidaten im östlichen Mitteleuropa als historisches Unrecht anerkannt und aufgehoben werden“.

Völker statt Menschen

Über diese enge Kooperation mit den deutschen „Vertriebenen“ sind eine Reihe von Kontakten der GfbV zu Gruppierungen bekannt geworden, die in der Tradition der völkischen und der NS-Ideologie stehen. Im Jahre 1995 etwa stellte sich heraus, dass der ehemalige Naziverwalter des Ghettos Kolomea in Polen, dem die Mitverantwortung für den Tod von 30.000 Juden vorgeworfen wird, im Beirat der GfbV mitarbeitete. Die als rechtsextrem bekannte Zeitschrift „Junge Freiheit“ lobte ausdrücklich die völkische Politik der GfbV, die sich als „Vertreter und Unterstützer bedrohter Nationalitäten und

Stammesvölker und ethnischer und religiöser Minderheiten“ profiliert habe. In der „nationalrevolutionären“ Zeitschrift „wir selbst“ schließlich erschien ein Artikel des stellvertretenden Leiters Politik der GfbV und Chefredakteurs der GfbV-Zeitschrift „pogrom“, Andreas Selmeci, mit dem Titel „Vertreibung nicht länger dulden!“. Das Motto dieser Zeitschrift („Wer von den Völkern nicht spricht, soll von den Menschen schweigen!“), die für „‚nationale Identität’ in kleinen, ethnisch homogenen Einheiten“ eintritt, entspricht der politischen Maxime der GfbV.

„Europa der Regionen“ und der „Volksgruppenrechte“

Besonders enge Kontakte unterhält die GfbV zur Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV). Die FUEV, deren Zentrale in Deutschland arbeitet, war maßgeblich an der Wiederbelebung der deutschen „Volkstums“- und Minderheiten-Aktivitäten nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt. Mehrere ihrer Gründer sind ehemalige nationalsozialistische Rassisten. Die FUEV steht in unmittelbaren Beziehungen zum Auswärtigen Amt und wird von der Bundesrepublik Deutschland finanziert.

Die GfbV-Zeitschrift „pogrom“ etwa erschien im Dezember 1993/Januar 1994 mit dem thematischen Schwerpunkt „Europas Vielfalt bewahren – Zur Situation der Nationalitäten und Minderheiten“ . Die FUEV – deren Selbstdarstellung sich ebenfalls im Heft findet – lieferte einige der programmatischen Artikel; auch die weiteren Beiträge lagen auf der Linie der „Volksgruppen“-Politik.Wolfgang Mayr (Gründungsmitglied der GfbV-Südtirol, die innerhalb der GfbV-International schwerpunktmäßig für das Thema „Volksgruppen“ zuständig ist) beklagt in seinem Artikel die mangelnde Durchsetzung von „Volksgruppenrechten“: „100 Millionen Europäer sind Angehörige von über 200 Volksgruppen und Minderheiten. Das entspricht einem Siebentel der Europäischen Bevölkerung. Dieses eine Siebentel wird bewußt ausgegrenzt und diskriminiert.“ Es sei nicht gelungen, rechtlich verbindliche „Volksgruppenrechte“ festzuschreiben, weil „Staaten wie Frankreich, England, Griechenland und die Türkei kräftig bremsen“.

In einem weiteren Artikel begrüßte der damalige Südtiroler Abgeordnete in der Fraktion der Grünen im Europa-Parlament Alexander Langer „ethnisch“ motivierte Kriege („Ethno-nationale Spannungen dürfen nicht einfach bloß negativ besetzt werden, in ihnen liegt auch viel Vitalität und Echtheit.“) und propagierte ein „Europa der Regionen“ und der „Volksgruppenrechte“: „Als konstitutive Elemente und als Bedingung für die Aufnahme in die EG müssen die Staaten Europaregionen über ihre Grenzen hinweg akzeptieren, eine verbindliche Charta der Volksgruppen und Minderheiten unterschreiben und einen verbindlichen Mindestbestand an Dezentralisierung bzw. Autonomie und Regionalismus gewähren.“

„Sehnsucht nach völkischer Selbstbestimmung“

Besonders aktiv in der „Volksgruppen“-Politik ist die Sektion Südtirol der GfbV-International, die den Bereich „Ethnische Minderheiten in Europa“ „betreut“. Die GfbV-Sektion arbeitet eng zusammen mit der FUEV, dem „Südtiroler Volksgruppen-Institut“ (das, geleitet vom ehemaligen FUEV-Präsidenten Prof. Christoph Pan, einen „konstruktiven Beitrag zur Lösung der Volksgruppenfrage in Europa leisten“ will und zur „Entwicklung eines europäischen Minderheitenschutzsystems“ vor allem mit zuständigen Organen des Europarats und des Europäischen Parlaments kooperiert) sowie dem im Jahre 1983 in Wien mit dem Gedanken einer „Volksgruppenbotschaft“ gegründeten Österreichischen Volksgruppenzentrum, das „sämtliche autochthone österreichische Volksgruppen“ vereint.

Mit Unterstützung der Südtiroler Landesregierung und der Region Trentino-Südtirol betreibt die GfbV eine umfangreiche Propaganda für das „Selbstbestimmungsrecht von Völkern und Volksgruppen“, den „Volksgruppenschutz“ und das „Recht auf die Heimat“. In ihren Publikationen fordert die GfbV die „systematische und umfassende Kodifizierung eines möglichst weltweit gültigen und einklagbaren Rechts auf die Heimat“. Zum Zweck der von ihr verbreiteten Unterrichtsmaterialien für Schulen heißt es, diese sollten den Schülern klar machen, „wie wichtig die Sicherung kollektiver Rechte für Volksgruppen ist, welche zentrale Bedeutung die Wahrung der Sprachenvielfalt in Europa hat“.

„China der Regionen“ und der „Volksgruppenrechte“

Auch mit der Situation in China beschäftigt sich die GfbV. Sie unterstützt seit langem den „Dalai Lama“ als „geistliche und weltliche Oberhaupt des tibetischen Volkes“ und fordert „religiöse und kulturelle Autonomie für Tibet“. Darüber hinaus sieht der „Koordinator der GfbV für die Minderheiten Chinas“, Prof. Thomas Heberer, eine „Periode ethnischer Konflikte und Auseinandersetzungen“ in China heraufziehen. Die GfbV vertritt für China die Perspektive der „Schaffung eines föderativen Staates“, in dessen Rahmen autonome Regionen weitgehende Kompetenzen (einen „Sonderstatus“) erhalten sollen.

Entsprechend dieser ihrer Politik war die GfbV unter den geladenen Gästen, als der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Volmer, vor zahlreichen deutschen Nichtregierungsorganisationen das neue deutsche Asien-Konzept vorstellte. Die deutsche Außenpolitik werde sich den „fehlgeschlagenen Staaten“ der Region fürsorglich widmen, da „Nation-building“ auch dort eine „strategische Aufgabe“ für Deutschland sei, hatte Volmer behauptet und eine „Neuordnungspolitik“ wie auf dem Balkan angekündigt.

„Erfordernisse des fundamentalen Menschenrechtsschutzes“

Mit der deutschen Expansionspolitik unter dem bereits in der Kaiserzeit erfundenen Vorwand der „Durchsetzung von Menschenrechten“, den Außenminister Fischer als „wichtiger denn je“ bezeichnet hat, sind die weltweiten Aktivitäten der GfbV eng verbunden. Die von der GfbV überall entdeckten und beschriebenen „bedrohten Völker“ liefern der deutschen Außenpolitik die Stichworte und Informationen, die als Legitimation für Interventionen und Ansatzpunkte für verstärkten Druck auf die Regierungen der betroffenen Länder dienen.

Eng eingebunden war die GfbV insbesondere in die Kampagne zur Durchsetzung des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH), zu dessen Hauptinitiatoren Berlin gehörte, sowie zur Schaffung eines internationalen „Völkerstrafrechts“, das Interventionen in anderen Staaten nach den „Erfordernissen des Menschenrechtsschutzes“ ermöglichen soll.

Zusammen mit anderen Menschenrechts- und Juristen-Organisationen bildete die GfbV ein deutsches Komitee der „Coalition for an International Criminal Court“ , in deren Lenkungskreis das GfbV-Mitglied Andreas Bummel saß. Bummel ist Bundestagskandidat der FDP und Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, des World Federalist Movement, der Union Europäischer Föderalisten und der Europa-Union Deutschland. Für das deutsche „Komitee für ein effektives Völkerstrafrecht“ und die GfbV war er Mitglied in der Vorbereitungskommission des Internationalen Strafgerichtshofes im UN-Hauptquartier in New York.

In der UNO müssten neben den Staaten auch „indigene Völker“ und „ethnische Minderheiten“ vertreten sein, fordert die GfbV. Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Staates sei den „Erfordernissen des fundamentalen Menschenrechtsschutzes“ „klar unterzuordnen“. Zur Durchsetzung der „fundamentalen Menschenrechte“ (zu denen für die GfbV das „Selbstbestimmungsrecht von Völkern und Volksgruppen“, der „Volksgruppenschutz“ und das „Recht auf die Heimat“ zählen) will die GfbV bei der UNO ein „militärisches Beratungsgremium“ einrichten und „ständig einsatzbereite militärische Eingreiftruppen“ aufstellen.

von: www.german-foreign-policy.com ■

Altfallregelungen Flops – Bleiberecht für Flüchtlinge muss her

BERLIN. Die Altfallregelungen sind gescheitert. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke. Sie haben nicht dazu geführt, dass Flüchtlinge, die seit langem in Deutschland leben, endlich einen Aufenthaltsstatus erhielten. Die Kriterien waren zu streng, die Hürden zu hoch. Besonders die Anforderung, dass die Menschen keine Sozialhilfe beziehen durften, war für viele entscheidendes Hindernis.

Das Scheitern der Altfallregelung ergibt sich klar aus den Zahlen, die die Bundesregierung vorgelegt hat. Danach haben in 13 Bundesländern insgesamt rund 42.900 Menschen Anträge auf Aufenthaltsbefugnisse nach der Altfallregelung von 1999 gestellt (aus 3 weiteren Ländern liegen keine Zahlen vor).

In allen 16 Bundesländern wurden zusammengenommen bis dato 29.200 Aufenthaltsbefugnisse erteilt. Dabei schwanken die Zahlen erheblich: In Baden-Württemberg wurde noch nicht einmal ein Viertel der Anträge positiv beschieden (20,4 %), während es in Schleswig-Holstein immerhin 68,0 % waren. In den meisten Bundesländern liegen die Zahlen bei 30 bis 40 %. Umgekehrt: 60 bis 70 Prozent der Menschen, die seit langem hier leben, sind an den hohen Hürden der Altfallregelungen gescheitert.

Wie dringend notwendig eine vernünftige Bleiberechtsregelung ist, die die Menschen wirklich auf einen grünen Zweig bringt, zeigen die Zahlen der hier seit Jahren mit einer Duldung lebenden Menschen. Am 21. August 2002 lebten 12.531 Menschen mit einer Duldung seit dem 1. Januar 1990 in Deutschland, d. h. seit mehr als 12 Jahren! 78.487 Menschen sind mit Duldung seit 1. Juli 1993 ausgestattet, 102.771 Menschen seit 1. Januar 1995, 146.838 Menschen seit 1. Januar 1998 und 189.975 Menschen seit 1. Januar 2000.

Insgesamt 120.405 leben außerdem in Deutschland mit Duldung, die vorher ein Asylverfahren durchlaufen haben.

Daran wird deutlich:

- Das Asylverfahren führt offenbar nicht dazu, die tatsächliche Notlage von Menschen herauszufinden: Viel zu viele „fallen durch den Rost“
- Tausende von Menschen leben seit Jahren ohne vernünftigen Aufenthaltstatus hier.

Die Konsequenz für die Politik: Wenn das Zuwanderungsgesetz am 1.1.2003 in Kraft tritt, muss dies mit einer Bleiberechtsregelung verbunden werden, die ohne umständliche Einzelfallprüfung für diese Menschen einen Aufenthaltsstatus bringt. *Ulla Jelpke* ■

Rücksichtslose Umverteilung zur „freiwilligen“ Ausreise

MÜNCHEN. Das bayerische Aufnahmegesetz, das seit 1. Juli 2002 in Kraft ist, ist ein Baustein rigider bayerischer Politik gegen Flüchtlinge. Das Aufnahmegesetz schreibt vor, dass die bisher von den Kommunen versorgten Flüchtlinge künftig vom Freistaat verwaltet werden, was zumeist eine gravierende Verschlechterung der Unterbringung, der Versorgung und vor allem der Betreuung der Flüchtlinge zur Folge hat. Von den mehr als 24.000 Personen, die in Bayern durch das Gesetz betroffen sind, wohnen zur Zeit mehr als 18.000 außerhalb von Flüchtlingsunterkünften und müssen, sollte das Gesetz rigide umgesetzt werden, aus ihren Wohnungen in Sammellager umziehen. Doch auch die Verlegung von kommunalen Unterkünften in staatliche Lager ist mit einem gigantischen Aufwand verbunden. Allein in München werden ca. 2000 Flüchtlinge mit Duldungsstatus von städtischen Unterkünften in staatliche Lager umgesiedelt. Von regierungsgeführten sogenannten Gemeinschaftsunterkünften müssen rund 850 Flüchtlinge mit Aufenthaltsbefugnis von der Stadt übernommen werden und werden in städtischen Unterkünften einquartiert. Die Folge: Ein Teil der Flüchtlinge, deren Verlegung in staatlich geführte Unterkünfte ansteht, werden von München auf Flüchtlingslager in ganz Oberbayern verteilt werden, zumindest aber in Unterkünfte in anderen Stadtvierteln. Die meisten der davon Betroffenen werden ihre Arbeit verlieren, die Kinder ihre Kindergartenplätze, die Flüchtlinge fallen aus bestehenden sozialen und kulturellen Netzwerken heraus und müssen sich völlig neu orientieren. Die „Wunschlisten“ für die Unterbringung, die an die Flüchtlinge und Betreuungsstellen im Vorfeld verteilt wurden, werden nicht berücksichtigt werden, weil den Innenministerium auf eine eilige Umsetzung des Gesetzes drängt.

Der Bayerische Flüchtlingsrat kritisiert die Konsequenzen des Gesetzes auf Schärfste. Die Umsiedlung der Flüchtlinge wäre nicht notwendig gewesen, wenn der Gesetzgeber festgelegt hätte, dass die Kommunen, wenn sie es wünschten, auch weiterhin für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sein können und der Freistaat lediglich die Kosten erstattet. So werden ohne Not mehrere Tausend Flüchtlinge ihrer Perspektiven und ihrer sozialen Kontakte beraubt. Das ist für Flüchtlinge, die oft mühevoll ihre Kriegs- und Verfolgungserfahrungen verarbeitet haben und für die ein geregelter Alltag und ein Minimum an Perspektive existenziell notwendig ist, eine ebenso harte wie unnötige Strafaktion.

Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert alle Betroffenen und Initiativen auf, sich gegen die Umsetzung dieses Gesetzes zur Wehr zu setzen. Die Umquartierung steht im direkten Zusammenhang mit der vom Freistaat noch für dieses Jahr angekündigten Einrichtung sogenannter Ausreisezentren. In diese Zentren sollen Flüchtlinge eingewiesen werden, die nur geringe Chancen auf ein Bleiberecht haben, aber aus zumeist praktischen Gründen nicht abgeschoben werden können. Unverblümt nennt das Innenministerium als Ziel dieser Ausreiselager, Flüchtlinge Repressalien auszusetzen, so dass sie „freiwillig“ ausreisen. Damit exerziert die Staatsregierung eine rigide Ausgrenzungspolitik gegenüber Flüchtlingen, die soziale Kälte nicht nur billigend in Kauf nimmt, sondern bewusst und methodisch als Abschreckung einsetzt.

Stephan Dünnwald, Bayer. Flüchtlingsrats, weitere Informationen unter Tel 089-76 22 34, Fax 089-76 22 36 ■

Gibraltar: 10 000 Immigranten ertrunken

BARCELONA. In der Meerenge von Gibraltar (14 bis 44 Kilometer breit) spielt sich eine unvorstellbare menschliche Tragödie ab. Seit 1997 sind dort schon 10000 Immigranten ertrunken, die heimlich mit Booten von Nordafrika nach Südspanien übersetzen wollten. Das geht aus einer neuen Studie hervor, die jetzt von der nichtstaatlichen marokkanischen Hilfsorganisation „Freunde und Angehörige von Opfern der Geheimen Immigration (AFVIC)“ veröffentlicht wurde. Danach sind vor den Küsten von Marokko und Spanien in den letzten fünf Jahren 3286 Leichen von Bootsflüchtlingen gefunden worden, die übrigen Opfer wurden vom Meer verschlungen. Das schlimmste Unglück ereignete sich am 26. September 1998, als ein überladenes Boot in der Meerenge unterging und 38 Afrikaner ertranken. Marokko gilt für viele Bewohner aus dem armen Sahara-Raum als „Tor nach Europa“. Das Land sei aber auch für ausreisewillige Marokkaner längst zum „Wartesaal“ geworden, berichtet AFVIC. 80 Prozent der Immigranten, die in Europa ein neues Leben anfangen wollen, seien mittlerweile Marokkaner. Bei den spanischen Landwirten und Großgrundbesitzern sind die Nordafrikaner als billige Arbeitskräfte oft willkommen, da für sie weder Sozialabgaben noch Steuern entrichtet werden. In einer Aufklärungskampagne warnt die Organisation dennoch ihre marokkanischen Landsleute: „Geheime Immigration ist Selbstmord – entscheiden wir uns für das Leben!“

SAD/Fra ■

Repression gegen Flüchtlinge nimmt schlimme Züge an

ITALIEN. In Treviso wurden Ende August nordafrikanische Familien aus ihren Wohnungen, die einem städtischen Betrieb gehören, vertrieben. Ihr Eigentum wurde von Mitarbeitern der Firma verpackt und in ein Firmendepot gebracht. Die offizielle Begründung: Die Häuser sollen wohl renoviert, bzw. abgerissen und Neue errichtet werden. Die Immigranten haben alle Aufenthaltsgenehmigungen und auch Arbeit. Doch der Bürgermeister von Treviso Gentilini macht klar, dass er die Ausländer raus aus Treviso haben will. Er spricht von drohender Überfremdung und der Unmöglichkeit des Zusammenlebens von guten Katholiken und Muslimen. Außerdem führt er noch die Bezeichnung „razza piave" ein, die zuletzt zu Zeiten Mussolinis verwendet wurde. Die Regierung hat sich nicht von den Aktionen distanziert, im Gegenteil: Der Vizepräsident des Senats Calderoli (FI) hat die Äußerungen des Bürgermeisters ausdrücklich gutgeheißen. Die Vertriebenen haben Zuflucht im Dom gefunden und auf Initiative des Bischofs und anderer wurden mittlerweile einige Wohnungen für die 61 Menschen gefunden. Nun hoffen die Vertriebenen auch all ihr Hab und Gut wiederzubekommen. Aber auch vor dem Dom gab es Angriffe u.a. mit Flaschen gegen die Vertriebenen und gegen sich solidarisierende Italiener. Trotz vorliegender Videoaufnahmen der Angreifer wurden erst zwei von ihnen festgenommen. Und die „Volontari Verdi", sozusagen der Schlägertrupp der Lega Nord erklärt, dass er auf die Anweisungen des Bürgermeisters warte, um mitzuhelfen die Stadt zu reinigen.

Das neue Bossi-Fini-Gesetz – gültig ab dem 6.9.02 – sieht u.a. vor, dass Extracomunitari (alle Menschen von außerhalb der EU) nur noch mit einem bereits abgeschlossenen Arbeitsvertrag für bis zu 2 Jahre eine entsprechend lange Aufenthaltsgenehmigung erhalten und einreisen dürfen. Verlieren sie in dieser Zeit die Arbeit, müssen sie ausreisen und verlieren dabei (auch wenn sie nach normaler Beendigung der Arbeit ausreisen) alle erworbenen Ansprüche aus den Sozialversicherungen. Die max. Anzahl der Einreisen wird jedes Jahr per Dekret vom Ministerpräsident festgelegt. Extracomunitari können auch nicht mehr gegen Bürgschaft italienischer Staatsbürger einreisen. Um die 110. bis 300.000 (die in ‚Unità' angegebenen Zahlen schwanken stark) beschäftigten Illegalen zu legalisieren, gibt es noch Streit innerhalb der Regierung. Der Arbeitsminister würde alle legalisieren, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben. Doch genau dem widerspricht das Gesetz, das nur Arbeitsverträge über max. 2 Jahre vorsieht.

Christoph Wiese ■

Bilder: res

HAMBURG. Am 23./24.8. war die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge in Hamburg. Zusammen mit dem Hamburger Flüchtlingsrat wurde am 23.8. eine Kundgebung vor dem Universitäts-Krankenhaus Hamburg-Eppendorf (UKE) mit 120 TeilnehmerInnen abgehalten. Der Protest richtete sich gegen die Brechmitteleinsätze sowie die dort praktizierte, umstrittene Methode des „Ältermachens" von minderjährigen Flüchtlingen, um sie aus Hamburg wegverteilen zu können.

Am Freitag Abend fand in den Räumen der Brigittenstr. 5 eine Informationsveranstaltung mit Jose Luneta und einem Hamburger Rechtsanwalt statt. Es ging um die Ablehnung des Asylantrags von Jose Luneta. Als Begründung wurde vom Bundesamt auf die neuen sog. Anti-Terror Gesetze, nach September 11, verwiesen.

Jose Luneta ist Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Philippinen, hat sechseinhalb Jahre zur Zeit des Marcos-Regimes unter Folter im Gefängnis gesessen. 1994 floh er nach Deutschland und stellte einen Antrag auf Asyl. Dieser wurde vom Bundesamt im April diesen Jahres unter Verweis auf die neuen sog. Anti-Terror Gesetze abgelehnt. Es ist das erste Mal, dass Asylablehnung mit den Gesetzen, die nach dem 11. September verabschiedet wurden, begründet wurde. Das Bundesamt bezieht sich auf Vorwürfe gegen Jose Luneta, die längst widerlegt sind. So wird seine Beteiligung an einem Bombenanschlag, der in den 70er Jahren auf den Philippinen verübt wurde, angeführt. Dass diese Anschuldigung falsch ist, wurde bereits in den 80ern bewiesen. Die Marcos-Regierung verübte diese Tat selbst, um damit die Opposition zu verfolgen und das verhängte Kriegsrecht zu rechtfertigen.

Ein Hamburger Rechtsanwalt sprach anschließend über den neuen Anti-Terror §129b, der in seiner Erweiterung (129a) auf die Verfolgung ausländischer Organisationen und evt. auch deutschen Unterstützungsgruppen zielt. Es ist zur Zeit schwierig Einschätzungen über die Praxis mit dem § zu geben, aber aufgrund der Erfahrungen mit dem §129a lässt sich ableiten, wozu der §129b dient.

Am 24. demonstrierten ca. 400 Menschen durch die Innenstadt. Auf einer Zwischenkundgebung auf dem Rathausmarkt wurde der Stadt für ihre bundesweit herausragende Rolle bezüglich der repressiven und inhumanen Flüchtlingspolitik ein Denkmal gesetzt. Die Demonstration endete im August Lütgens Park mit einem internationalen Kulturfest.

Quelle und weitere Berichte: www.insof.org/caravan/2002/tour/events.php ■

Köln. Am 31.8. wurde die Karawane mit einem öffentlichen Essen in Köln begrüßt. Am Nachmittag besuchte sie die Flüchtlinge im Containerlager in Kalk.
Kleine illegale Tischrede, gehalten am 31.8. auf dem Alter Markt, Köln:

„Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört."

Das ist das Motto der Karawane. Das Motto, das die Herrschenden und manch mehr oder weniger bekannter Zeitungsverleger in diesem Land gegen diese schlichte Wahrheit setzen, heißt: „Wer so freche Reden führt oder auch nur danach handelt, den kriegen wir auch hier kaputt."

Entwürdigung und Entrechtung sind die Leitlinien einer Politik, die weiß, dass Migration und Flucht die Kosten der ungerechten Weltwirtschaftsordnung sind.

Das Kapital scheut unnötige Kosten – und also drückt es Migranten und Flüchtlinge aus dem Land. Es sei denn, unter ihnen sind welche, die es günstig nutzen kann.

Die drei reichsten Männer der Erde besitzen mehr als die Bevölkerung der 48 ärmsten Staaten. Mit dieser Kenntnis versorgt uns freundlicherweise die UNO. Was bedeutet diese Ungeheuerlichkeit? Dass wir heute Weltverhältnisse haben, wie sie zur Zeit Ludwig des XIV. bestanden. Der Absolutismus war aus der Ökonomie nie verschwunden; jetzt erdrückt er die Welt. Und dazu passt, dass in der Politik die Apartheid regiert. Die Anzahl der Rechtlosen, die Anzahl der Vogelfreien, die Anzahl der Überflüssigen, auf die man gern auch einmal spucken darf, wächst rapide. Immerhin gedeiht auch hier und da eine widerständige Pflanze, widerborstiges Gestrüpp, ein Geflecht vielleicht von resistenten Ranken, die von der ideologischen Chemie nicht so einfach tot gespritzt, nicht so ohne weiteres umgehauen werden können von den Attacken der Rechtsstaatsordnung. Es ist Gegnerschaft nötig gegen diese Ordnung, die von der Armut lebt und nur auf dem Elend der Welt gedeiht. Nicht Überredungskünste sind gefragt, um die Herrschenden eines Besseren zu belehren. Argumente sind nötig – und Taten –, um die nicht Herrschenden zu ermutigen.

Manchmal ist auch ein gutes Essen nötig, um sich dafür zu stärken. Freundschaft, Hilfe von vielen. Wenn die Karawane jetzt, im Wahlkampf, durch deutsche Städte zieht und Köln erreicht hat, wollen wir dazu beitragen: Freundschaft, Hilfe von vielen. Auch schlicht – oder heute einmal besser – Essen. Das ist, was auch Illegalisierte brauchen. Wir – ich meine damit „kein mensch ist illegal – wir gehören eher zu den Satten. Dass wir trotzdem opponieren, hat schlicht damit zu tun, dass wir sonst – ich sage das ungern beim Essen – kotzen müssten.

Köln will jetzt flächendeckend Flüchtlinge mit Fresspaketen füttern. Köln will jetzt flächendeckend Containerlager für unliebsame Migranten. Und wer aus der Reihe tanzt, wer gar den kleinen Reichtum aus den großen Taschen klaut, wird eingesperrt. Und wenn er auch zwölf Jahre ist. Es sollte mehr Karawanen geben, die dieses und anderes Unrecht gerade an den Migranten und Flüchtlingen herausschreien. Wir sind noch viel zu leise. Und deshalb ist es gut, dass ihr hier seid!

Albrecht Kieser, kein mensch ist illegal ■

Rassistischer Mob greift 2 Tage lang Flüchtlingsunterkunft an

NIEDERSACHSEN. Am letzten Wochenende wurde eine Flüchtlingsunterkunft in der Hermann-Löns-Straße in Algermissen bei Hildesheim mehrfach von einem aufgeheizten rassistischen Mob überfallen. Die Bewohner des Hauses wurden so lange bedroht und geschlagen, bis die Polizei die betroffenen Opfer evakuieren musste. Bereits am Samstag wurde eine Gruppe von vier Tamilen von einer Horde von etwa 20 deutschen Jugendlichen, darunter 4 Skinheads, auf dem Schützenfest angegriffen. Die Flüchtlinge wurden umzingelt, beschimpft und angepöbelt. Eine gaffende Menge sah diesem Schauspiel zu, ohne einzugreifen. Das Gerücht von einer versuchten sexuelle Nötigung, das laut HAZ vom 3.9.2002 der Anlass für die Überfälle darstellte, war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht aufgekommen. Die Flüchtlinge flohen zurück in ihre Unterkunft, wurden jedoch von der Gruppe verfolgt und mehrfach geschlagen. Ein Flüchtling erlitt eine Verletzung am Arm, ein zweiter eine Platzwunde am Hinterkopf, die im Krankenhaus genäht werden musste. Die zu Hilfe gerufene Polizei schützte die Flüchtlinge vor weiteren Übergriffen, nahm jedoch keine Personalien der Täter auf. Lediglich die Personalien der betroffenen Flüchtlinge wurden registriert. Danach verließ die Polizei zunächst den Ort.

Nachdem die Polizei weg war, kamen die Täter zurück und zerschlugen mehrere Scheiben der Unterkunft mit Stühlen. Ein Tamile wurde durch einen Glassplitter im Auge getroffen. Von der erneut gerufenen Polizei verlangten die Bewohner nunmehr ultimativ eine Unterbringung in einer anderen Unterkunft, was von der Polizei jedoch abgelehnt wurde. Wenigstens wurde das Gebäude über Nacht von der Polizei bewacht.

Am Sonntagabend überfielen gegen 21 Uhr etwa 50, teils mit Eisenstangen bewaffnete Schützenfestbesucher erneut die Unterkunft, diesmal unter Bezugnahme auf einen angeblichen Versuch sexueller Nötigung durch einen der Flüchtlinge. Uns liegen zu dem Vorfall keine weiteren Informationen vor. Offenkundig diente dieser Vorwurf jedoch der Bestätigung und Verfestigung bereits vorhandener rassistischer Vorurteile und Stereotypen. Diesmal handelte es sich nicht nur um Jugendliche, sondern um erwachsene Dorfbewohner, die lauthals rassistische Parolen grölten. Einige Personen drangen in die – nicht abschließbare – Flüchtlingsunterkunft ein, zertrümmerten eine Zwischentür und versuchten, auch die abgeschlossenen Zimmertüren aufzubrechen, hinter die sich die in Angst und Schrecken versetzten Bewohner geflüchtet hatten. Auch als die Polizei eintraf, ließen sie nicht von ihrem Tun ab, sondern schlugen weiter gegen die Tür. Sie blieben mehr als eine Stunde im Haus. Die Polizei sah sich nicht in der Lage, zu den um Hilfe rufenden Flüchtlingen in den ersten Stock zu kommen. Aus der Menge wurde die Polizei aufgefordert zu verschwinden und angegriffen, eine Person wurde daraufhin festgenommen. Erst nach mehr als einer Stunde verschwanden die Angreifer. Die Polizei sah nun keinen anderen Ausweg mehr, als die tamilischen Flüchtlinge in eine andere Unterkunft zu evakuieren.

Nach Recherchen des Hildesheimer Vereins „Asyl e.V." sowie des Niedersächsischen Flüchtlingsrats sind den Angriffen vom Wochenende bereits mehrere rassistischen Überfälle vorausgegangen: Vor 5-6 Monaten wurde ein Tamile vor seinem Zimmer ins Gesicht geschlagen und erstattete Anzeige gegen den Täter. Vor drei Monaten wurden sämtliche Wände innerhalb der Flüchtlingsunterkunft mit rassistischen und rechtsradikalen Parolen sowie Hakenkreuzen besprüht, welche die Gemeinde beseitigen ließ, offenbar ohne Strafanzeige zu stellen. Vor 2,5 Monaten wurden tamilische Flüchtlinge von einem Mann, der einen in der Flüchtlingsunterkunft lebenden deutschen Obdachlosen besuchte, mit einer Gaspistole aufgefordert, „ins Haus" zu gehen. Ständig hat es nach Aussage der tamilischen Flüchtlinge Drohungen und Beschimpfungen durch Besucher dieses Obdachlosen gegeben, die offensichtlich ungehindert in der Unterkunft ein- und ausgehen konnten.

Der Niedersächsische Flüchtlingsrat und der Flüchtlingshilfeverein „Asyl e.V." fordern eine sofortige Festnahme und strafrechtliche Verfolgung der Täter, die den betroffenen Flüchtlingen teilweise bekannt sind: „Es ist nicht hinnehmbar, dass die Flüchtlinge vertrieben werden, während die Täter nach wie vor frei herum laufen. Schärfstens kritisieren wir die unsäglichen Verharmlosungen durch den Gemeindedirektor und die Polizei: Offenkundig haben sich bereits mehrere rassistische Übergriffe in Algermissen ereignet, bevor es zu dem Überfall vom Wochenende kam. Wenn der Gemeindedirektor behauptet, es gäbe „keine ausländerfeindlichen Gruppen" in Algermissen, so entspricht dies offenkundig nicht der Realität. Auch erscheint uns schleierhaft, warum die Polizei keinen „rechtsradikalen Hintergrund" zu erkennen vermag. Für unerträglich halten wir es schließlich, wenn ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde die Forderung nach einer Unterbringung außerhalb von Algermissen mit der Bemerkung kommentiert, die Betroffenen könnten ja „zurück nach Sri Lanka" gehen. Die betroffenen Opfer haben Anspruch auf unseren Schutz und unsere Solidarität. Sie dürfen nicht erneut zwangsweise nach Algermissen geschickt werden."

Niedersächs. Flüchtlingsrat, 4.9.02 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten!

Insgesamt sind bisher

1008,– Euro eingetroffen

(Stand 9. September 2002)
Vielen Dank!

Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 10419507

Schill-Partei: Keine Landesverband in Niedersachsen

Junge Freiheit Nr. 35/2002 vom 23. August 2002

Die Gründung des Landesverbandes Niedersachsen der „Partei rechtsstaatliche Offensive“ ist auch beim zweiten Anlauf gescheitert, weil nur 180 der nach Satzung mindestens notwendigen 200 Mitglieder erschienen waren. Das Blatt berichtet zudem über formale Streitereien um die ordnungsgemäße Einladung zur Versammlung. Interessant ist die Aussage des Wahlkampfleiters Niedersachsen, der mitteilte, die Partei habe ein besonderes Konzept für russlanddeutsche Wähler. Wie das aussieht, berichtete das Blatt nicht.

In einer Sonderbeilage und dem großen Interview auf Seite 3 rühmt das Blatt Leni Riefenstahl und gratuliert zum 100. Geburtstag. Die Regisseurin des Propagandafilms über den Nürnberger Parteitag der NSDAP wird wegen ihrer angeblichen Bedrohung, Verfolgung und Verfemung in der Bundesrepublik bedauert und ihre Ästhetik gerühmt.

Rechte „Zwangsarbeiter“-Kampagne

Junge Freiheit Nr. 36/2002 vom 30. August 2002

Mit Unterstützung der Vertriebenen-Verbände hat sich im Sommer 2000 ein „Arbeitskreis Deutsche Zwangsarbeiter“ (AKDZ) gebildet. Dieser informelle Zusammenschluss bemüht sich nun um eine Kampagne für die Entschädigung dieser Leute. Wer sie entschädigen soll, bleibt etwas unklar, aber *Rudi Pawelka*, der Vorsitzende des Arbeitskreises, erklärte im Interview mit dem Blatt: „Aber pro Zwangsarbeiter stellen wir uns eine Entschädigungszahlung zwischen 5.000 und 14.000 Mark vor, je nach Schicksal.“ Eigentlich sollen die Staaten, die nach dem zweiten Weltkrieg vor allem Kriegsgefangene zur Arbeit einsetzten, zahlen. Aber, so Pawelka, „nachdem die Bundesregierung sich als deutsche Regierung weigert, diese Probleme zu verhandeln, muss – unserer Meinung nach – sie dafür eintreten. Aber selbst dann müsste die Bundesregierung verhandeln, denn selbst wenn unsere Regierung das Problem der deutschen Zwangsarbeiter inern regeln würde, bleiben immer noch die Deutschen in der Heimat ...“

Der Arbeitskreis hofft auf Unterstützung durch eine unionsgeführte Regierung, weil CDU/CSU den Arbeitskreis bisher unterstützt hätten. Große Aufmerksamkeit erhielten seine Forderungen vor allem bei den Vertriebenenverbänden.

Schill stößt auf Begeisterung

Junge Freiheit Nr. 37/2002 vom 6. September 2002

Der Hamburger Innensenator Ronald Schill hat sich mit seiner gezielten Provokation im Bundestag die Hochachtung des Blattes eingehandelt: „Diese ‚Diplomatenkonferenz’ hat Schill völlig undiplomatisch gestört, wofür ihm aller Respekt gebührt. Nicht viele bringen in diesem Land noch den Mut auf, sich gegen die etablierte classe politique samt ihrer Medienmacht zu stellen.“, kommentiert *Alexander Griesbach*. Außerdem dokumentiert das Blatt die vollständige Rede.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Für Nazis schreiben

Österreich/Wien. Wieder einmal zeigt sich, dass sich FPÖ-Funktionäre immer weniger Mühe geben, ihre Verbindungen zum offenen Rechtsextremismus und Neonazismus zu verschleiern: So meldete sich am 2. August in der „National-Zeitung“ des Dr. Gerhard Frey der Bezirksparteiobmann der FPÖ Wiener Neustadt, Bernhard Blochberger, mit einem Leserbrief zur Causa Stadler und der Frage, ob Österreich 1945 befreit worden wäre, zu Wort. So meint er, dass PolitikerInnen, „die glauben, der Roten Armee huldigen zu müssen“, unser Volk verhöhnen. „Frei, wenn auch mit gewissen Einschränkungen und Auflagen, wurde Österreich 1955“, so Blochberger.

Blochberger ist kein „Neuling“ auf diesem Terrain: So engagierter er sich in den 80er-Jahren in führender Rolle in der neonazistischen Nationaldemokratischen Partei (NDP), nach deren Verbot kandidierte er für die Tarnliste „Ein Herz für Inländer“. Offensichtlich die richtige Grundlage, um in der FPÖ eine führende Stellung einzunehmen.... *Quelle: http://www.döw.at*

Nazis verhaftet

Anfang August wurde in Wien die Neonazizelle SS-Kampfgemeinschaft Prinz Eugen von der Polizei ausgehoben. Drei Personen wurden im Zuge der Amtshandlung festgenommen, sie waren gerade dabei Waffen und Munition aus einem Versteck abzutransportieren, bei den anschließenden Hausdurchsuchungen wurden mehr als 50 Waffen – darunter zahlreiche Maschinengewehre – Sprengstoff und umfangreiches Nazipropagandamaterial sichergestellt. Öffentlich aufgetreten sind die drei für die „Döblinger Initative Autofahrerrechte (DIAR)“, die als Tarnorganisation fungierte.

Als zentrale Figur der Gruppe wird von Polizei und Justiz der im Juni dieses Jahres verstorbene Neonazi Georg Gasser präsentiert: Dieser engagierte sich in den späten 70-er Jahren in der neonazistischen Aktion Neue Rechte (ANR), Mitte der 80er-Jahre tauchte er dann in der, selbst in der rechtsextremen Szene als zu radikal verschrieenen, „Europaburschenschaft Tafelrunde zu Wien“ wieder auf, bei der er sich führend betätigte. Dies gemeinsam mit einem gewissen Wolfgang Haberler – mittlerweile ist der Mann zum stellvertretenden FPÖ-Landesparteiobmann in Niederösterreich aufgestiegen.

Quelle: http://www.döw.at / http://derstandard.at
Aus dem Newsletter der Rosa Antifa Wien, http://www.raw.at ■